

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 21 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Westzeile oder deren Raum 5,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 4,00 Mark, Reklamen 25,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.



Lübecker Volksbote

Nummer 140. Montag, den 19. Juni 1922. 29. Jahrgang.

Rampf um das tägliche Brot. Soll ein Brot 45 Mark kosten?

Dr. L. Lübeck, 19. Juni.

Heute beginnt im Reichstag der Kampf um die Getreideumlage. Die Regierung verlangt wieder, wie im Vorjahre, eine Umlage von 2½ Millionen Tonnen. Allerdings sieht die Vorlage für dieses Jahr einige Veränderungen vor. Z. B. sollen die wohlhabenden Bevölkerungskreise von dem Markenbrot ausgenommen werden. Und andererseits sollen die kleinen Landwirte nicht die gleichen Ablieferungslasten tragen wie der Großgrundbesitz.

Im ganzen kommt die Vorlage der Reichsregierung den Wünschen der Landwirte weit entgegen. Die Preisfestsetzung auch für das Umlagegetreide soll sich in erheblicher Weise der Preisbildung des freien Marktes nähern. Es ist demnach damit zu rechnen, daß selbst bei Annahme der Umlage der Brotpreis erheblich steigen wird — mindestens um 50 Proz.

Aber sogar mit diesem weitgehenden Vorschlag ist die Landwirtschaft nicht einverstanden. Sie will und sie verlangt absolut freie — willkürliche — Preisgestaltung für alle ihre Produkte. Hoffentlich ist sich die gesamte Verbraucherbewölkerung darüber klar, was diese Forderung der Agrarier bedeutet. Völlig freie Getreidewirtschaft erhöht den Preis eines Brotes in kurzer Zeit auf 40—45 Mark.

Sollte man glauben, daß es Parteien im Reichstag gibt, die sogar für diese Brotverteuerung eintreten? Und tatsächlich ist es so! Die Deutschnationalen und die Volkspartei wollen ihren agrarischen Freunden und Geldgebern zuliebe die Getreideumlage unter allen Umständen beseitigen. Um die Geldsäcke der Agrarwucherer und Schieber bis zum Hals zu füllen, wollen sie den Brotpreis auf mindestens 45 Mk. hochtreiben. Die Bayerische Volkspartei steht geschlossen an der Seite ihrer nationalistischen Freunde; und selbst bei den Demokraten und im Zentrum ist die Angst vor den Bauern so groß, daß man sich nicht entschlossen für die Brotverbilligung einzusetzen wagt.

So stehen also die Aussichten für eine Zustimmung des Reichstages für die Getreideumlage schlecht. Denn die Haltung der Unabhängigen oder gar der Kommunisten ist völlig ungewiß. Möglicherweise werden sie die Regierungsvorlage als nicht radikal genug ablehnen. Und dann wird die Sozialdemokratie allein im Kampf für das billigere Brot. Und sie wird — bei der ungewissen Haltung der linken Arbeiterparteien — möglicherweise überstimmt. Was dann?

In wenigen Wochen wird der Brotpreis — wie schon erwähnt — auf 45 Mark klettern. Die Löhne und Gehälter müssen sich diesem wahnwitzigen Sprung wenigstens zum Teil anpassen. Dann Preiserhöhungen der anderen Waren — neue Geldentwertung, sinkende Mark. Die Reichsbank muß ungeheure Mengen neues Papiergeld drucken; das Elend der Preissteigerung würde von einem Wahnsinnsstadium zum andern klettern. Eine wirtschaftliche Katastrophe würde die andere ablösen. Die arbeitende Bevölkerung käme wieder in eine Zeit der schwersten Entbehrungen und des Hungers. Und die bemitleidenswerte Klasse der kleinen Sozial- und auch Kapitalrentner könnte sich endgültig auf die Straße legen, um langsam zu verhungern. Die reichen Landwirte aber würden auch weiterhin im Geld und Ueberfluß erstickten. Ganz Deutschland aber wäre ein Paradies — für Schieber und Wucherer.

Kann die Sozialdemokratische Partei zu einer solchen Entwicklung ihre Hand bieten? Kann sie zugeben, daß ganz Deutschland in einen Leichenfriedhof, Verhungerten auf der einen, und in eine schmutzige Schar in Schieberfett und Luxus Erstickender auf der andern Seite verwandelt wird. Nie und nimmer!

Mögen die patriotischen Kleinrentner zehnmal bereit sein, aus schwarz-weiß-roter Affenliebe für die Agrarier und die Neureichen den Hungertod zu erleiden! Die Arbeiter sind es nicht! Sie haben ein Recht darauf, mit ihrer Arbeit soviel zu verdienen, daß sie menschenwürdig leben können. Und vielleicht denken auch einige Angestellte und sehr viele Beamte ähnlich wie die Arbeiter. Jedenfalls wird die Sozialdemokratische Partei den Kampf gegen das Schieber- und Wuchertum, und für das billigere Brot mit aller Entschiedenheit aufnehmen.

Es ist endlich an der Zeit, daß die Pestgeschwüre der gegenwärtigen Wirtschaft aufgestochen werden. Einige

wenige, auf die jedes Kind mit Fingern zeigt, verdienen Millionen; verschleudern Millionen. Und dem Staat versteuern sie kaum ein Einkommen wie ein Arbeiter. Die Finanzämter aber schauen zu. Fehlen ihnen die Fähigkeiten oder der gute Wille? Es geht alles solange es mag! Glaubt man wirklich, daß die Arbeiter noch lange gutmütig zuschauen werden, wie jeder Einzelne von ihnen soviel Steuern abliefern muß wie Agrarier, wie neureiche Schieberkaufleute, die an einem Abend mehr verprassen als ein gutbezahlter Proletarier im halben Monat verdient? Und glaubt man wirklich, daß die Arbeiter sich jetzt ihr tägliches Brot um das dreifache verteuern lassen, diesen schwarz-weiß-roten Schmarozern zuliebe?

Einmal muß ein Ende gemacht werden mit diesem Zustande. Endlich einmal muß die Regierung zeigen, daß sie gegen die Ansprüche des „patriotischen“ Schieberkapitals, das in allen bürgerlichen Parteien die größte Macht hat, stark bleiben kann. Sollte der Reichstag in seiner jetzigen Zusammensetzung in dieser Hinsicht versagen, so ist eine politische Krise unvermeidlich. Die Sozialdemokratie wird jeder Regierung den Rücken kehren, die den Schutz der Notleidenden vernachlässigt, die nur die Wünsche des Besitzes erfüllt. Sie wird jede solche Regierung mit allerhöchsten Mitteln bekämpfen.

Das Schicksal der gegenwärtigen Koalitionsregierung ist also aufs engste verknüpft mit der Getreideumlage. Im Falle einer Ablehnung gibt es nur eine Lösung: Reichstagsneuwahlen. Reichstagsneuwahlen mit der Parole: Für billiges Brot.

Dann möge das Volk entscheiden. Dann mögen vor allem die Angestellten und Beamten, aber auch die kleinen Rentner, und alle anderen Notleidenden sich überlegen, wo ihre Interessen vertreten werden. Sind sie damit einverstanden, daß dann auch das Brot ein unerhörtes Luxus wird wie Kartoffeln oder Fleisch, dann mögen sie auch weiterhin den bürgerlichen Parteien nachlaufen. Als Broterbsatz wird man ihnen ja allerlei „vaterländische“ Nebensarten bieten; oder auch Bürgerschaftsanträge der Frau Zimmermann, der Reichsernährungsminister möge dies oder jenes besorgen. Ob sie mit solchen Maßnahmen satt werden, das wagen wir nicht zu entscheiden. Aber sie müssen es ja selbst wissen.

Vielleicht wird auch diesen Bevölkerungsklassen nach und nach ein Licht aufgehen, daß sie einzig und allein Seite an Seite mit der Arbeiterschaft ihre Interessen wirksam vertreten können. Nicht von einem Tag zum andern erwachen solche Erkenntnisse in voreingenommenen Köpfen. Aber schließlich ist auch in der Politik Hunger ein guter Koch. Und was Wagen knurrt, des Kopf grübelt.

Sollten es die bürgerlichen Parteien wirklich auf Reichstagsneuwahlen unter diesen Umständen ankommen lassen? Wir bezweifeln es vorläufig noch. Aber wie es auch kommen mag, uns kann es recht sein. Wir brauchen Neuwahlen nicht zu fürchten. Die Sozialdemokratische Partei ist die einzige Partei, die nur zu gewinnen hat.

Die „Studienkommission“ im Haag.

Haag, 17. Juni.

Die Haager Sachverständigenkonferenz hat am Freitag nach dem Vorbilde von Geua beschlossen, eine „russische Kommission“ zu bilden, der drei Unterkommissionen nachgeordnet sind, die entsprechend der Genuefer Einleitung der Konferenz die Fragen „Privateigentum“, „Schulden“ und „Kredit“ zu behandeln haben. Alle nicht-russischen Staaten haben in der Hauptkommission sich und Stimme, während in den Unterkommissionen ausschließlich die einladenden Mächte vertreten sind.

In der gestrigen Nachmittagsitzung hielt der englische Delegierte eine Rede, die als Programmrede beurteilt wird und in der er der Haager Konferenz lediglich technische Bedeutung beilegt. Die Aufgabe der Konferenz sei nicht, die endgültigen Beschlüsse zu fassen, sondern Vorbereitungen zu treffen für die endgültigen Entscheidungen, die den Regierungen überlassen bleiben. Der belgische Delegierte tatier zog aus diesen Ausführungen die

Schlussfolgerungen und betonte, daß in der Tat der Charakter der Konferenz sich sehr stark dem einer „Studienkommission“ nähert.

Ein Nachgeben Frankreichs gegen Russland?

Paris, 19. Juni.

Ein offenbar offiziell inspirierter Artikel des „Temps“ läßt auf eine bevorstehende Schwächung der französischen Politik Russlands gegenüber schließen. Im Widerspruch zu ihrer bisherigen Haltung und ihren zahlreichen Weisungen scheint die französische Regierung sich neuerdings entschlossen zu haben, nun doch an direkten Verhandlungen mit den Vertretern der Sowjets im Haag teilzunehmen.

Der Moskauer Prozeß.

Die Verteidiger legen ihr Amt nieder.

SPD. Berlin, 17. Juni. (Drahtbericht.)

Die Verteidiger der Sozialrevolutionäre in Moskau, Banderow, Liebnecht und Rosenfeld, haben am Freitagabend die Verteidigung niedergelegt. Dieser Tatsache liegt nach sowjetamtlichen (!) Meldungen folgendes zugrunde: 1. seien nach Ansicht der Verteidiger widersprechend dem Berliner Abkommen vier Verteidiger zum Gericht nicht zugelassen und der Verteidigung keine Sonderstenographen bewilligt worden; 2. beabsichtigte das Gericht, Bedingungen zu stellen, die eine weitere Zulassung der Verteidiger fraglich machen; 3. haben die Anklagen des Berliner Abkommens als für das Gericht nicht bindend erklärt und 4. hat der Vertreter der kommunistischen Internationale auf der Berliner Konferenz, Bucharin, das Berliner Abkommen überhaupt als ungültig erklärt. Als Antwort auf dies Verhalten hat das Obertribunal die Erklärung abgegeben, daß das Berliner Abkommen ein rein politisches sei und den Gang der Gerichtsverhandlung in keiner Weise beeinflussen könnte. Im einzelnen erklärte das Tribunal, das Gericht habe die vier vorgeschlagenen menschewistischen Verteidiger, das heißt die Verteidiger der russischen Sozialdemokratie, nicht zugelassen, weil sie nicht das Vertrauen des Gerichts besäßen. (!) 5. Gehört die Entscheidung über die in Berlin übernommenen politischen Verpflichtungen nicht zu der Zuständigkeit des Tribunals, sondern zu der der Sowjetregierung. Endlich habe über die Zulassung von Sonderstenographen für die Verteidiger nicht das Tribunal, sondern der Kommandeur des Gerichtsgebäudes zu entscheiden gehabt.

Die Sicherung der beweglichen Sachen in Oberschlesien.

Berlin, 19. Juni.

Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstagsitzung steht neben der Beratung des Gesetzentwurfes über die Getreideumlage als erster Punkt ein von den Abgeordneten Müller-Franken, Becker-Hessen, Hergt, Crispian, Dr. Becker-Hessen, Erkelenz, Leicht und Genossen eingebrachter Entwurf über die Sicherung der beweglichen Sachen in Oberschlesien. Der Reichsjustizminister ist ermächtigt, die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz zu erlassen. Das Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft und tritt mit dem 31. Mai 1923 wieder außer Kraft.

Spaltung im deutschen Beamtenbund.

Leipzig, 19. Juni.

In Leipzig waren am gestrigen Sonntag 62 Vertreter von 13 Beamtenverbänden versammelt, um einen allgemeinen deutschen Beamtenbund zu gründen. Da es sich bei diesen 13 Verbänden, die bisher dem deutschen Beamtenbund angeschlossen waren, im wesentlichen um die Verbände handelt, die in einem ausgesprochenen Gegensatz zu der Beamtenpolitik dieser Spitzenorganisation stehen, so ist durch die neue Gründung die Spaltung des deutschen Beamtenbundes vollzogen.

1 Dollar = 322 M.

Am Berliner Devisenmarkt setzte sich am Wochenschluß die Aufwärtsbewegung der Kurse in verstärktem Tempo fort. Amtlich notierten: Kabel New York 322,—, London 1345,—, Holland 1250,—. Die Umläge waren nicht besonders groß.

Rabinettstrife in Norwegen.

Das Problem des Außenhandels, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, ist heute in allen Ländern das beherrschende. In Norwegen bereitet — wenn nicht alle Anzeichen trügen — sich eine Rabinettstrife vor, die in den nächsten Tagen den Höhepunkt erreichen wird. Der Grund dieser Krise ist rein wirtschaftlich und nicht ohne einen Rückblick zu verstehen.

Die Alkoholfrage ist der unstrittige Punkt. In Norwegen besteht seit 70 Jahren eine Antialkoholbewegung, die von Ashjorn Kloster begründet wurde. Er bildete Vereine, deren Mitglieder sich verpflichteten, keine alkoholischen Getränke zu genießen. Diese Bewegung trug entschieden dazu bei, den Alkoholkonsum in Norwegen einzuschränken. Sie war fernerhin von moralischer Bedeutung, da der Einfluß der Vereine auf die Jugend stark war, die sie zu nüchternen und ordentlichen Menschen zu erziehen versuchten. Des politischen Beigeschmacks entberhten die Vereine besonders auf dem Lande nicht, wo sie auch oft stark national waren. Das Hauptziel war ursprünglich, einzelne Personen zu beeinflussen. Da aber die Vereine vor etwa 20 Jahren sehr stark wurden, mußten sie ihre Kraft auch politisch aus und wirkten in bedeutendem Maße auf die Gesetzgebung.

Während zuerst der Branntweinhandel Monopol der Gemeinden wurde — jede Gemeinde konnte so dem Branntweinverkauf überhaupt einen Riegel vorschreiben —, setzten die Vereine sich später das Verbot aller alkoholischen Getränke zum Ziel. Beim Ausbruch des Krieges gab es nur wenige Gemeinden in Norwegen, die den Branntweinhandel gestatteten. Auch hier war der Verkauf kommunalisiert. Anfang des Krieges wurde von der damaligen linksbürgerlichen Regierung Sunnar Knudsen jeder Handel mit Branntwein und Weinen mit mehr als 12 Prozent Alkoholgehalt verboten.

Während die Einfuhr von Sekt, Rhein-, Mosel- und Rotwein erlaubt blieb, wurde sie für Südwine wie Portwein, Scherry, Malaga usw. verboten. Zunächst war das Verbot nur einstweilig, die Antialkoholiker, denen sich die bürgerlichen Linksparteien, die Sozialdemokraten und Kommunisten angeschlossen, traten für eine ständige Sperrung der Einfuhr der Südwine ein. Dagegen wollten die Konservativen den Zollkrieg mit Spanien und Portugal vermeiden, der besonders für die norwegische Fischerei eine Gefahr darstellt, da für sie Spanien und Portugal ein wesentlicher Markt ist. Spanien und Portugal antworteten auf das Verbot der Einfuhr ihrer Produkte sofort mit starken Zöllen auf norwegische Waren. So konnte auch die Befragung des Volkes im Jahre 1919, das mit Zweidrittel-Mehrheit für das Alkoholverbot eintrat — die Frauen waren hier von entscheidender Bedeutung —, kein Definitivum schaffen. Zwar beschloß die Storting (die Kammer) und Regierung das Verbot und erließen es für ein ständiges Gesetz; aber der eigentliche Wirtschaftskampf begann nun erst.

Die Handelsverträge mit Spanien und Portugal wurden gesündigt. Die norwegische Regierung begann mit Spanien und Portugal sofort wegen Schaffung neuer für die norwegische Fischerei günstiger Verträge zu verhandeln. Portugal lehnte aber jeden Abschluß eines Handelsvertrages solange ab, wie das norwegische Verbot gegen portugiesische Weine besteht. So ist Norwegen seit zwei Jahren in offenem Zollkrieg mit Portugal.

Mit Spanien hatte Norwegen provisorische Verträge bis zum 1. Juni 1922 abgeschlossen. Die Fischerei wurde hier nur wenig in ihrem Abzug behindert. Seit Vertragsablauf ist auch mit Spanien der Zollkrieg ausgebrochen. Nach norwegischen Zeitungen soll Spanien von Norwegen für das Zugeständnis der Meeresbegrenzung als Gegenleistung die Einfuhrerlaubnis von 500 000 Liter spanische Wein im Jahr verlangen.

Die gegenwärtige norwegische linksbürgerliche Regierung, deren Chef O. Mørch ist, hat Spanien bis jetzt eine Einfuhr von 450 000 Litern Wein angeboten. Da die Regierung Mehrs sich bis jetzt auf Sozialdemokraten und Kommunisten stützte, dürfte ihr Stand nicht leicht sein. Denn Sozialisten wie Kommunisten werden kaum Mehr in seinem Entgegenkommen gegenüber Spanien unterstützen. Sie sind der Ansicht, daß diese Konzessionen das ganze Alkoholverbot aufheben.

Verlagen die Sozialdemokraten und Kommunisten der Regierung die Unterstützung, so muß sie zurücktreten. Eine konservative Regierung dürfte sie dann ablehnen.

Die Kapitulation der englischen Maschinenbauer.

(Von unserm Londoner Korrespondenten.)

London, 16. Juni.

In der englischen Maschinenindustrie wird die Arbeit wieder aufgenommen. Das Ergebnis der Abstimmung vom 12. Juni — 75 478 Stimmen für und 39 423 Stimmen gegen die Vorläufe der Arbeitsfrieden — war schon am 2. Juni zu erwarten, als die verarbeiteten 47 Gewerkschaften der halb- und ungelerten Arbeiter mit 99 000 gegen 46 000 Stimmen dieselben Vorläufe angenommen. Der Grund zu der Annahme der Bedingungen durch die Maschinenbauer ist insbesondere auf ihre gänzliche finanzielle Entschädigung zurückzuführen.

Die Geschichte des Kampfes ist kurz folgende: Anfang März wurden sämtliche Mitglieder des Verbandes der Maschinenbauer ausgesperrt, weil er sich der Forderung der Maschinenindustriellen, Ueberstunden ohne Abgeltung der Ueberverrechnung zu leisten, nicht fügen wollte. Einige Wochen später wurden auch die Mitglieder der 47 verwandten Verbände ausgesperrt. Damit erreichte die Arbeitslosigkeit ihren Höhepunkt. Die halb- und ungelerten Arbeiter erparien, die sie ohne die Handwerker bewältigen nicht beschaffen konnten; zum anderen wurde durch die Erweiterung der Ausperrung der Maschinenbauer eine nicht unbedeutende Geldverleumdung verhängt. Da mit der Forderung auf Verlängerung der Arbeitszeit in Anbetracht der vielen Arbeitslosen in der englischen Wirtschaft keine Sympathien gewonnen werden konnten, so hoben die Unternehmer mit Gehilfen des Verlangens in den Vordergrund, die Gewerkschaften sollten sich für ein mehrdeutiges Verbot, das die Unternehmer eigenmächtig Änderungen des Arbeitsverhältnisses vornehmen. Diese Bedingungen sollten sofort nach der Annahme in Kraft treten. Den Arbeitern sollte man das Recht geben, eventuell gegen diese Änderungen im ordentlichen Schlichtungsverfahren anzufahren, während ihnen keine Ueberwachungsmaßnahmen angeschlossen werden sollten. Da das ordentliche Verfahren bis zur Entscheidung der letzten Wochen braucht, so wäre ziemlich in allen Fällen die Gewerkschaft bei der Festlegung oder Sicherung des Arbeitsverhältnisses angezogen worden. Das Streben der Unternehmer ging dahin, die in schweren Kämpfen erzwungenen „Krisenlegisla“ der alten Gewerkschaften ein für allemal zu befeitigen.

Die Maschinenindustriellen haben alle ihre Bedingungen erreicht. Nur in einer wichtigen Privilegienfrage, bei der Verjährung oder Erhebung bestimmter Gruppen oder Arbeiter durch andere haben sie der Maschinenbauer des rechtsgewöhnliche Verhältnisses vorheriger Aussprüche erreicht.

Es ist nun zwar nicht anzunehmen, daß die Maschinenindustriellen ihren teuer erkaufenen Sieg rückwärtslos ausnutzen werden. Einem großen Teil war die Aussperrung der Leute, mit denen sie recht und schlecht ausgekommen waren, sehr zuwider. Dieser Teil wird in seinen Betrieben eine Haltung beobachten, als wenn nichts vorgefallen wäre. Die Frage ist nur, wie stark diese Gruppe ist und ob sie dem Drängen der Schatzmacher zu widerstehen vermögen. Die Maschinenbauer selbst können nach den vierzehn Wochen des Hungertums keine Neigung zu neuen Streitigkeiten haben, sondern nur den Wunsch nach ungeörterter Arbeit. Sie zählen zu den gemäßigten Tradeunionisten und sind ganz gemäßigt, wie eine interessierte Presse von ihnen im Verlaufe der Aussperrung behauptete, hohlgewissig gefasst. Allein, wenn die Maschinenindustriellen, auf ihren Sieg pochend, die durchgeführten Bedingungen rückwärtslos verwirklichen würden, dann müßte sicher damit gerechnet werden, daß der Bolschewismus starken Zugang aus einer der gemäßigten Tradeunions erhielt.

Französische Kommunisten gegen Moskau.

V. Wir berichten kürzlich über den Fall des Herausgebers des Pariser kommunistischen Blattes „Journal de Peuple“, Henri Fabre, der auf Befehl des Exekutivkomitees der Dritten Internationale aus der K.P. Frankreichs ausgeschlossen wurde, wobei der Ausschluß auch allen Parteimitgliedern angebroht wurde, die weiter an seinem Blatt mitarbeiten würden. In der „Revue Fabre“ hatte Thalheimer anläßlich dieser Maßnahme der Moskauer Exekutive, die er natürlich rückwärtslos billigte, ausgeführt, daß dies zu einer ersten Krise innerhalb der französischen Kommunistenpartei führen könnte. Er sollte sehr bald recht behalten. Der französische kommunistische Parteivorstand hat zwar am 1. Juni den Ausschluß Fabres bestätigt, aber die für solche Fragen zuständige „Commission des conflits“ (auf deutsch: Konfliktkommission) hat sich ebenfalls mit dem Fall beschäftigt und dazu wie folgt Stellung genommen:

Drei Fragen wurden ihr vorgelegt:

1. Ist es geboten, die Beschlüsse des Moskauer Exekutivkomitees und des Parteivorstandes restlos und ohne Vorbehalt anzunehmen?

Mit neun gegen drei Stimmen hat sich die Kommission gegen eine solche Zustimmung zu dem Anschluß ausgesprochen.

2. Soll sich die Kommission als infolge dieser Beschlüsse für den Fall nicht mehr zuständig betrachten?

Mit fünf gegen drei Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen erklärte die Kommission, daß, nachdem sie einmal regulär mit der Angelegenheit beauftragt gewesen ist, sie dafür zuständig bleibe.

3. Welches ist die Ansicht der Kommission über die Angelegenheit selbst?

Mit sieben gegen drei Stimmen beantwortete die Mehrheit der Kommission diese Frage durch Annahme einer Resolution, wonach das Exekutivkomitee der Dritten Internationale durch den Ausschluß Fabres eine politische Tendenz der französischen Kommunistenpartei habe treffen wollen und es einer Kommunistenpartei unmöglich sei, die Last einer kollektiven Verantwortung auf einen einzelnen Genossen zu übertragen.

Am Schluß dieser stürmisch verlaufenen Sitzung haben vier moskautreue Kommissionsmitglieder ihr Amt niedergelegt.

Bezeichnend ist, daß die „Humanität“ diese Vorfälle bisher mit keinem Wort erwähnt hat!

Reichstag.

298. Sitzung.

Sonnabend, 17. Juni, mittags 12 Uhr.

Zum Schriftführer für den verstorbenen Abgeordneten Raden (3.) wird der Abgeordnete Schwarz-Eisen (3.) gewählt. Die unabhängige und sozialistische Interpellation über die Stellung der Landwirtschaft zur Getreideumlage wird, wie ein Regierungsmitglied erklärt, in der nächsten Woche beantwortet werden. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Entschädigung der Schöpfer, Gelehrten und Verfassungsverfasser. Entsprechend der Geldentwertung sind die Tagessätze und Reisekosten erhöht worden. Nach der Vorlage soll den Schöpfer und Gelehrten eine angemessene Entschädigung gewährt werden. Die Höhe dieser Entschädigung bestimmt die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichstags.

Feldmann (SP.) fordert auch angemessene Entschädigungen für die Mitglieder der Stenographenvereine. Die Vorlage wird dann in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Anwendung der Verträge zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich vom 6. Oktober 1921, vom 15. März und 3. Juni 1922 sowie der Vereinbarung mit der Reparationskommission über die Ausführung der Reparationszahlungen wird dem Auswärtigen Ausschuss und dem Ausschuss zur Ausführung des Friedensvertrages überwiesen.

Auf der Tagesordnung steht dann die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Zwangsanleihe. Ferner Anträge Crispian (USP.) zur Änderung des Einkommensteuergesetzes, Dr. Curatus (DVP.) und Hergt (DVP.) zur Änderung des Erbschaftsteuergesetzes.

Höllein (Komm.) wendet sich gegen den Antrag der Deutschen Volkspartei, der eine Verwässerung des Erbschaftsteuergesetzes bedeute. Unter Kampf gegen die Steuerdrückerei der Besessenen in ein höherer Kampf. Wir werden nicht von ihm ablassen. Alle Forderungen der Entente, die die breiten Massen belasten, bewilligt dieser Reichstag mit großer Geduld, wenn sie aber den Reiz belasten sollen, werden diese Forderungen als unüberwindlich erklärt oder sabotiert, und wenn jemand darüber sprechen will, heißt es: „Ruhig, damit uns die Entente nicht hört.“ Auch politisch markiert die Reaktion. In Hamburg meinet die Reichswehr. In Hamburg hat bereits das zweite Bombenattentat (!) auf kommunistische Zeitungen stattgefunden. (Lachen rechts und links: „Kommen Sie uns doch nicht mit solchen Scherzen, die Arbeiter haben Sie ja selber gemacht.“) Mit Ihnen, Herr Graf, Sie Oberverbrecher, gebe ich mich überhaupt nicht ab. (Händeklatsch) Löbe weist diesen Zustand als unparlamentarisch zurück.)

Dann schließt die Beratung über die Zwangsanleihe und die damit verbundenen Anträge. Alle Vorlagen werden dem Stenographenverein überwiesen.

Darauf wird die erste Lesung der Schlichtungsordnung fortgesetzt.

Maljahn (Komm.) lehnt die Vorlage ab, weil sie das Einkommen der Arbeiter verleihe. Sie sei eine Vorlage im Sinne der Deutschen Volkspartei, und daher für die Arbeiterklasse unannehmbar. Die Arbeiterklasse könne die Teuerung nicht weiter ertragen. Zeit- und Preissteigerungen seien um 30 % gestiegen. Man wolle man die Arbeiter, falls sie freier wäßen, mit gesetzlichen Zwangsmaßnahmen zerschlagen. Das Gesetz bedeute Verarmung des Arbeiterstandes und Hungers. Reicht das Gesetz in die Volksflucht.

Die Vorlage wird darauf dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Des Hans verlegt sich auf Montag 3 Uhr: Regelung des Verkehrs mit Getreide.

Schluß nach 3 Uhr.

Der Schiedspruch im Ruhrbergbau.

SPD. Berlin, 15. Juni.

Der vom Reichsarbeitsministerium zur Schlichtung der Lohnstreitigkeiten im Ruhrbergbau ernannte Schlichtungsausschuss fällt am Freitag folgenden Schiedspruch:

1. Die Tariflöhne des Ruhrkohlenbergbaus werden um durchschnittlich 25 Mk. je Schicht erhöht, und zwar um 25 Mk. ab 16. Juni und um 10 Mk. ab 1. Juli 1922.

2. Die Lohnzulage ist auf die einzelnen Arbeiter und Gruppen und auf den Grund- und Gebüdelohn durch die Bezirksarbeitsgemeinschaft nach Maßgabe der Lohnsätze zu verteilen. Dabei wird zugunsten eines höheren Spitzenlohnes eine entsprechend niedrigere Festlegung der Zulagen für die jugendlichen Arbeiter unter 20 Jahren empfohlen.

Die Deckung der erforderlichen Lohnerhöhung kann nach Auffassung des Schlichtungsausschusses aus den Einnahmen, welche die Werke auf Grund der geltenden Kohlenpreise erzielen, nicht aufgebracht werden. Da aus außenpolitischen Gründen gleichfalls in einem Abbau der Kohlensteuer die Deckung zur Zeit nicht gefunden werden kann, ist der Schlichtungsausschuss der Auffassung, daß als einziges Mittel lediglich eine entsprechende Erhöhung der Kohlenpreise in Frage kommt. Diese schwere Belastung des Wirtschaftslebens betrachtet man jedoch nur dann als erträglich, wenn sich die Bergarbeiter bereit finden, im Sinne des zwischen dem Sechsenbunde und den Gewerkschaften in Aussicht genommenen Uebereinkommens eine Steigerung der Kohlenförderung in einer gesundheitlich bedenkenfreien und wirtschaftlichen ergiebigen Form herbeizuführen.

Monarchisten ohne Monarchen.

Die Aldeutschen gegen den Kronprinzen.

Mit tränendem Auge nehmen die „Aldeutschen Blätter“ Abschied von der Dynastie Hohenzollern. Von dem Alten hatten sie sowieso nie viel gehalten und erklären auch jetzt:

Wir erkannten in dem entsetzlichen Geschehen die Folgen der Regierungsweise des letzten Kaisers, also die Wirkungen persönlichen Verfalls.

Nun aber hat sie auch der Junge enttäuscht, der Kronprinz Wilhelm, auf den die Aldeutschen einst „soviel Hoffnungen“ gesetzt hatten. Das „Kronprinzenbuch“ geht den Aldeutschen durchaus wider den Strich, einmal, weil sich der Kronprinz als Mitarbeiter „einen Volksfremden in Gestalt des Juden Carl Rosner“ aussucht, sodann weil in dem Buch der Satz steht, es komme nicht darauf an, ob einer Christ oder Jude, sondern ob er ein guter Deutscher sei. Dazu seufzen die „Aldeutschen Blätter“:

Es ist schmerzhaft, auf diese Art erfahren zu müssen, daß der gewesene Kronerbe, der sich einst zu völkischer Anschauung bekannte, sich zu einer Auffassung zurückentwickelt hat, die den einfachsten Erkenntnissen der Rassenlehre widerspricht.

Schließlich beklagen die Aldeutschen noch, daß der Kronprinz ein Bekenntnis zur liberal-parlamentarischen Staatsform, also „einer für Deutschland unmöglichen Staatsform“ abgelegt. Das könne nur Verwirrung stiften.

So stehen denn die Monarchisten ohne Monarchen da und hoffen nur am Schluß des Artikels auf den lieben Gott, daß er ihnen bald wieder einen „richtigen“ Hohenzollern bescheren möge. Wenn er es nun aber nicht tut?

Für die Kriegsbeschädigten.

Der Reichstagsausschuss für Kriegsbeschädigtenfragen hat heute gestern die erste Lesung des Gesetzentwurfes über die Feuerungsmaßnahmen für Militärärzte. Ein Antrag sieht folgende Sätze für den Feuerungszuschuß vor:

für einen Schwerbeschädigten bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 50 bis 80 Proz. monatlich	500 Mk.
bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um mehr als 80 Proz.	750
für einen Schwerbeschädigten, der nur auf die Rente angewiesen und nachweislich einen Erwerb nicht ausüben kann	1000
für eine Witwe	500
für eine nur auf Rente angewiesene und nachweislich erwerbsunfähige Witwe	700
für eine waisenlose Witwe	250
für eine elternlose Witwe	300
für einen Elternteil	300
für ein Elternpaar	500

außerdem erhält der Schwerbeschädigte, wenn er für Kinder zu sorgen hat, neben dem Feuerungszuschuß für jedes Kind 200 Mk.

Dieser Antrag wurde vom Ausschuss einstimmig angenommen. Ferner wurde als Feuerungszuschuß und für Empfänger eines Uebergangsgeldes, einer Witwenbeihilfe und eines Hausgeldes der Betrag von 320 auf 450 Mark erhöht.

Die Feuerungszulage für das Sterbegeld wurde auf 200 Proz. und für die Pflegezulage sowie für den Führhund der Blinden auf 235 Proz. erhoben. Das neue Gesetz soll mit dem 1. August in Kraft treten. Die Durchführung soll den Hauptfürsorgestellen und Fürsorgestellen überlassen bleiben. Das Spruchverfahren bleibt bestehen, aber für Entscheidungen der Fürsorgestellen wird die Beschwerde an die Hauptfürsorgestellen eingeführt.

Der Fall Lensch.

Die Parteioberleitung in Frankfurt a. O. beschloß einstimmig, den Bezirksvorstand der Provinz Brandenburg zu beauftragen, das Ausschlußverfahren gegen den Genossen Dr. Lensch einzuleiten. Eine Mitgliederversammlung des Ortsvereins Nowawes lehnte einen Ausschlußantrag ab, nachdem Genosse Lensch seinen Standpunkt begründet hat. Die Mehrheit der Versammlung stellte sich mit Lensch auf den Standpunkt, daß es nur im Interesse der Partei liege, wenn hervorragende Parteigenossen solche Nachpositionen in die Hand bekämen, wie die von Lensch angeleitete Stellung zweifellos sei. Es wäre für die gesamte Arbeiterbewegung nur von Vorteil, die Leitung der besonders außenpolitisch nicht unbedeutenden „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ in den Händen des Genossen Lensch zu wissen. Auf rein agitatorische Bedürfnisse der Partei dürfe in solchen Fällen nicht Rücksicht genommen werden. Die künftige Gestaltung des Inhalts des von Lensch geleiteten Blattes werde der Parteigenossenschaft Gelegenheit geben, die Angelegenheit so zu betrachten, wie es den Parteinteressen dienlich sei.

Wir sind der Auffassung, daß die Tätigkeit von Lensch als Mitarbeiter an der „D. A. Z.“ und seine in letzter Zeit geleisteten Arbeiten als Chefredakteur des Blattes schon genügend Gelegenheit geben, die Angelegenheit Lensch absehend zu betrachten. Die Annahme, daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in Zukunft sozialdemokratisch eingestellt ist, wird nie in Erfüllung gehen, ganz abgesehen davon, daß wir gar nicht wünschen, ein Stimmorgan für sozialdemokratische Propaganda zu sehen. Herr Lensch wäre fernerhin die längste Zeit Chefredakteur bei Herrn Stinnes gewesen, wenn er sich erlauben würde, keine „Nachposition“ in sozialdemokratischem Sinne anzunehmen.

„Freunde“ des Achtstundentags.

Von Friedrich Eckorn.

Die deutschen Gewerkschaften sind sich darüber klar, daß sie die Erzeugung des Achtstundentages gegen die Angriffe des Unternehmertums, auch gegenüber dem Reiche, soweit es als Unternehmer auftritt, noch lange und schwer zu verteidigen haben. Der Standpunkt des Unternehmertums ist eindeutig: Die Arbeitnehmerschaft soll ihr Existenzminimum in längerer als achtstündiger täglicher Arbeitszeit erwerben, um für die Unternehmer größeren Nutzen abzuwerfen. In ihrer Gesamtheit ist natürlich auch die Arbeitnehmerschaft daran interessiert, daß die Unternehmungen möglichst nutzbringend sind oder nutzbringender gestaltet werden durch rationellere Arbeitsmethoden und durch Qualitätsarbeit; nicht aber auf ihre Kosten durch Verlängerung des Arbeitstages. Solange der Mehrzahl der Unternehmer die Verlängerung des Arbeitstages als der nächste und bequemste Weg zu höherem Nutzeffekt erscheint, wird sie sich darauf versteifen und die Dinge in ihrem Betriebe gehen lassen in der Hoffnung, daß doch noch die Verlängerung komme. Von dem Augenblick an aber, wo sie diesen Rückweg versperrt sieht, wird sie sich der Mühe unterziehen, andere Wege einzuschlagen. Darin wird ihr dann der Achtstundentags-Arbeiter unwillkürlich entgegenkommen, weil er sich weit besser zum Qualitätsarbeiter heranziehen und verwenden läßt, als der Arbeiter mit langem Arbeitstage und kürzerer Erholungs- und Schlafzeit.

Diese festeste Ueberzeugung, unsere Wirtschaft durch den Achtstundentag zu höherer Entwicklung vorwärtszutreiben, läßt uns um so fester am Achtstundentag feithalten. Die sozialistische Theorie auf diesem Gebiet ist überall da als richtig erwiesen, wo sie praktische Anwendung gefunden hat. Damit sind die Vorwürfe gegenstandslos, als schädigte die deutsche Arbeiterschaft durch ihr Festhalten am Achtstundentag das Wirtschaftsleben. Der Achtstundentag ist ein Kulturfaktor; er wirkt als Kulturhebel.

Der Achtstundentag hat aber nicht nur Gegner, sondern — was schlimmer ist — auch Freunde. „grundfällige Anhänger“, die ihn nicht etwa beseitigen, sondern ihn nur auf etliche Jahre vertagen oder ihn durch Ausnahmemaßnahmen unschädlich machen wollen. Solche „Freunde“ des Achtstundentages, die ihren Befähigungsnachweis als Wirtschaftspolitiker durch Deklamationen gegen den Achtstundentag zu erbringen bemüht sind, „der als Ziel zwar nach wie vor richtig bleibt, als allgemeines wirtschaftliches Prinzip aufgestellt in der jetzigen bedrängten Periode aber undurchführbar“ sei, finden sich vereinzelt leider auch in unserer eigenen Partei.

Diese Freunde gehen davon aus, daß die Deutschland auferlegten Kriegslasten gebieterisch eine starke Steigerung seiner Gütererzeugung verlangen. Um diese Steigerung zu erreichen, sei „eine (natürlich nur maßvoll) verlängerte Arbeitszeit“ nicht das einzige, wohl aber das am schnellsten wirkende Mittel. Den Beweis erblickt man in der Leistung von Ueberstunden, die heute gemacht werden. „Ohne stark gesteigerte Arbeitsleistung, die die Qualität unserer Waren zu erhöhen und ihre Preise zu verbilligen vermag, können die Schwierigkeiten, in denen wir uns befinden, nicht überwunden werden.“ Die Qualität unserer Produkte werde wieder von ausschlaggebender Bedeutung. Wiederholt wird versichert, „es kann sich natürlich nur um eine „maßvolle“ Verlängerung (der Arbeitszeit) handeln.“ Durch diese „maßvolle“ Verlängerung soll eine stark gesteigerte Arbeitsleistung erzielt werden, eine Verbesserung der Qualität und eine Verbilligung der Preise.

Um wieder Zeit muß eigentlich die Arbeitszeit verlängert werden, um eine quantitative stark gesteigerte Arbeitsleistung zu erreichen? Kann durch verlängerte Arbeitszeit zugleich die Qualität unserer Produkte erhöht und überdies eine Verbilligung der Preise erzielt werden? Wirtschaftspolitiker, und als solche treten die platonischen Freunde des Achtstundentags anspruchsvoll auf, sollten wissen, wie hoch der Lohnanteil an den gegenwärtigen Warenpreisen ungefähr ist. Sie müßten uns nachweisen, ob dieser Lohnanteil verhältnismäßig zu hoch, die Lebenshaltung der Arbeitnehmer zu üppig ist, so daß eine Herabsetzung möglich wäre trotz verlängerter Arbeitszeit. Dann lassen wir über eine Verbilligung der Warenpreise durch gesteigerte Arbeitsleistungen mit uns reden, die sonst nicht möglich ist; eine gleichzeitige Verbesserung der Qualität der Waren bei längerer Arbeitszeit und niedrigeren Löhnen können wir jedoch nicht als Heilmittel betrachten. Unsere Wirtschaftspolitiker sind keine Unmenschen. Sie haben das Gefühl, daß da etwas nicht recht stimmt und betonen daher, es sei unbedingt notwendig, daß von dem Ertrag dieser vermehrten Arbeitstätigkeit ein erheblicher größerer Teil der Arbeiterschaft zufalle, als das früher der Fall war. Wo bleibt dann aber die Verbilligung der Waren?

Den Unternehmern sagt man, sie sollen sich nicht über die Lohnhöherungen wundern, die an sich notwendig sind und die in einer Zeit sinkenden Geldwertes eintreten müssen. Der Arbeiterschaft aber redet man zu, daß die bloße nominelle Einkommenserhöhung nichts nützt, solange sich nicht das Gesamtprodukt vermehrt. Geld sei lediglich eine Anweisung auf Waren; zuerst müsse daher die Warenmenge vermehrt werden, wenn die nominelle Einkommenserhöhung ihren Zweck erfüllen solle.

Stärkste Vermerkung der Gesamtproduktion sei die Voraussetzung einer wirklichen Verbesserung der Lage der Arbeiter; eine sehr stark vermehrte Leistung auf dem Gebiet der Kohlenproduktion, der landwirtschaftlichen Produktion und der Bautätigkeit würde unsere innere Wirtschaftslage ganz erheblich bessern. Die Bautätigkeit & gegenwärtig eine Frage für sich, die von der Frage der Arbeitszeit am wenigsten beeinflusst ist. In der Landwirtschaft haben wir bis jetzt noch keinen Achtstundentag, in den Kohlenbergwerken aber kann infolge des Dreißigstünderverfahrens der Achtstundentag nicht gut überschritten, er könnte höchstens vollauf durchgeführt werden. Da müßten wir aber doch verlangen, daß jeder unserer Wirtschaftspolitiker, der so gelassen über all die Dinge schreibt, sie zuvor etwas bei Licht besieht. Wir fordern nicht, daß jeder theoretisierende Volkswirtschaftler sechs Monate in einem Betriebe als Arbeiter tätig sein muß. Acht Tage im Bergwerk, weitere acht am Hochofen, vielleicht zur Abwechslung noch eine Woche in der Landwirtschaft bei gleicher Ernährung und Behausung wie die betreffenden Arbeiter würden unsere „Wirtschaftspolitiker“ zur Besinnung bringen und sie wahrscheinlich veranlassen, ihre Tinte an andere „Fragen“ zu verwenden, als gegen den Achtstundentag. Was soll da noch das Gerede von der schematischen Durchführung des Achtstundentages? Der Achtstundentag ist als Maximalarbeitszeit gedacht, und kein neunmühtiger Mensch wendet sich dagegen, daß für Berg- und Hüttenarbeiter wie für sonstige Schwerarbeiter eine kürzere Arbeitszeit eingeführt wird. Schließlich muß auch die Sorge um die Reparationsleistungen bei unseren Wirtschaftspolitikern nicht unbedingt größer sein als bei Herrn Poincaré! Das sollten sie sich vor allem sagen, solange sie noch eine Ehre darin sehen, Mitglied unserer Partei zu bleiben.

Winterpause die Kemalisten in einer entscheidenden Schlacht weit in die Provinz Angora zurückzudrängen, so war bei den kleinasiatischen Verhältnissen und der Art des dortigen Krieges damit die eigentliche Entscheidung keineswegs herbeigewungen.

Die Friedensverhandlungen zwischen Kemal und den Alliierten wurden inoffiziell und offiziell während der kriegerischen Operationen ständig fortgeführt. Sie fanden in Paris und London statt. Frankreich zielte im Gegensatz zu England von vornherein darauf ab, den Vertrag zugunsten der Angoraregierung zu revidieren, um auf diese Weise im Stillen seine kleinasiatischen Sonderinteressen zu fördern. Als der Winter auf dem kleinasiatischen Kriegsschauplatz den Waffenstillstand bedingte, pläzte in die noch ungeklärte Atmosphäre der Sonderfriedensvertrag Frankreichs mit der kemalistischen Regierung, durch den die Stellung Kemals bedeutend gestärkt wurde. Die Folge war ein sehr bewegter Notenwechsel zwischen Frankreich und England, das der französischen Regierung Vertragsbruch vorwarf. Da jedoch die englische Regierung gerade in dieser Zeit mit der Unruhe in seiner mohammedanischen Kolonialbevölkerung rechnen mußte, kam sie den Ansprüchen der kemalistischen Regierung weit entgegen und ließ Griechenland, den bisherigen Schlichter, fallen. Griechenland sträubte sich zwar gegen die Schicksalswende, aber bei der Lage der Dinge war eine Klärung zugunsten der Türkei zu erwarten, wenn die Orientkonferenz die zwischen England, Frankreich und Italien noch vor Zusammentritt der Konferenz von Genua abgeraumt wurde, zu einer Einigung der Alliierten führte.

Die Einigung blieb aus. Es ist verständlich, wenn das alles erbitternd auf ein Volk wirkte, das seit vielen Jahrzehnten ein Spielball der Großmächte ist und das in zähem Ringen sein letztes bißchen Heimatboden verteidigt. In hohem Grade belagenswert ist es dagegen, wenn die türkischen Staatslenker in dieser Lage zu einem Verzweiflungsmittel greifen: Dem Christenmassaker. Hier spielt jener Massenhaß eine böse Rolle, der die Türkei schon öfters und sehr zum Schaden des Landes zerfleischt hat. So in den Jahren 1895/1896, als die türkische Regierung die Freiheitsbestrebungen der Armenier mit einer blutigen Vernichtungspolitik beantworten zu müssen glaubte. So im Jahre 1915, als man unter den Augen der deutschen Heeresleitung aus einem falsch verstandenen Selbsterhaltungstrieb heraus die furchtbare Entvölkerungspolitik betrieb.

In der heutigen Türkei sind Stimmen laut geworden, die darüber Klage führen, daß man die moralische Unterstützung von deutscher Seite vermisst, die vor dem Kriege zu einem beiderseitigen guten Verhältnis sogleich beigetragen habe. Der Vorwurf beruht auf einer Verkennung der Tatsachen. Unsere Gefühle für die Türkei haben sich nicht verändert, mögen sich auch die politischen Voraussetzungen geändert haben. Wir wünschen dem schwer geprüften türkischen Volk Frieden und Freiheit. Nichts soll uns willkommener sein, als mit der Türkei, wenn sich unsere und die kleinasiatischen Verhältnisse gefügigt haben, in einen freundschaftlichen und fruchtbringenden Verkehr zu treten. Aber wird man es drüben mißverstehen, wenn wir sagen, daß unsere Gefühle beeinflusst werden können durch Tatsachen, wie die von Ward geschilderten? Wir, die wir die Demokratie in schweren Kämpfen erungen haben, wissen heute, daß es bessere Mittel gibt als den Terror, um sich zu behaupten, und wir sprechen die Hoffnung aus, daß es nur eine tragische Verirrung war, die die kemalistische Regierung in ihrer außerordentlich schwierigen Lage auf derartige Methoden zurückgreifen ließ. Wir hoffen, daß die Nationalitätenfrage für Kleinasien bald aushört, eine Streitfrage zu sein, die nur mit der Waffen in der Hand ausgefochten werden kann. Wie den Türken wünschen wir auch den Armeniern und den anderen nationalen Minderheiten Kleinasiens: Friede und Freiheit.

Aber seien wir gerecht. Ein Teil der Schuld an den Christenmordeleien trifft auch das alte Europa, das trotz seiner Ferrißtheit und trotz des Zusammenbruchs, der den Massakern des Weltkrieges folgte, nicht gelernt hat, seinen politischen Ehrgeiz in gegenreichere Bahnen zu lenken. England und Italien sind auf diesem Wege. Die Grundzüge, die sie nach Genua geführt haben, haben nicht nur für Europa Geltung. Es ist bedauerlich, daß die Vereinigten Staaten das Mandat über Armenien nicht angenommen haben. Sie haben sich in Washington als gute Schiedsrichter erwiesen, in ihrer Macht hätte es vielleicht gestanden, den Friedenspakt für den Stillen Ozean auch auf Kleinasien zu übertragen.

Nachklänge einer Gedankfeier.

Das Urteil im Herforder Schwurgerichtsprozeß.

Nach neunzehntägiger Verhandlung vor dem Schwurgericht ist der Prozeß gegen zehn angeklagte Sozialisten wegen der Zusammenstöße bei der Gedankfeier in Herford zu Ende gegangen. Ueber die Vorgeschichte des Prozesses haben wir schon anlässlich der vorangegangenen Landgerichtsverhandlungen gegen 17 andere Angeklagte berichtet, die zu insgesamt 64 Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Der Schwurgerichtsprozeß mußte, wie gleichfalls bereits gemeldet, zunächst vertagt werden, weil die Justiz keinen Anstoß daran genommen hatte, Gerichtshof wie Geschworenentribunal zum großen Teil mit Angehörigen der beteiligten Kriegervereine zu besetzen, die nun ihre Gegner aburteilen sollten. Dem Einspruch der Verteidigung gelang es, wenigstens einen Teil dieser „Richter“ zu beseitigen.

Das Urteil der neu zusammengesetzten Geschworenensbank entsprach keinesfalls den Hoffnungen der Ankläger und dem von der Staatsanwaltschaft aufgebotenen Riesenapparat: Von zehn Angeklagten wurden sieben freigesprochen, die anderen Angeklagten erhielten zusammen neunzehn Monate Gefängnis, davon allerdings der Krankenfassenrentant Schmidt die enorm hohe Strafe von zehn Monaten Gefängnis.

Von den Kriegervereinslern, die zum Teil mit Revolieren gefochten hatten, ist seltsamer- oder vielmehr nicht seltsamerweise, keiner unter Anklage gestellt worden.

Heldentaten eines Kriegervereins.

Die „Unpolitischen“ gegen Friedensdemonstranten.

Aus Rüssen bei Leipzig wird geschrieben: Bei einer „Wieder-Krieg“-Demonstration der sozialistischen Jugend kam es zu müßigen Beschimpfungen durch die gleichzeitig ein Fest begehenden Militärvereine, die in Täuschlichkeiten ausarteten. Der sozialdemokratische Rittergutsbesitzer von Holschauer-Kypke wurde von einem Mitglied des Militärvereins grundlos mit einem Knüttel über den Kopf geschlagen, so daß er zusammenbrach. Der Kriegervereinsler hatte gleichzeitig einen Dolch gezogen. Eine Provokation durch die Sozialisten hatte nicht stattgefunden. Um dies zu beweisen, ging einige Stunden darauf der Genosse von Holschauer absichtlich ohne Begleitung durch das von den Kriegervereinen besetzte Dorf Rüssen. Dabei wurde er von über 100 teilweise bewaffneten Mitgliedern der Kriegervereine grundlos überfallen und sollte in den Fluß geworfen werden. Schließlich wurde er von den hinzukommenden Arbeitern gerettet. Aus Rache zerstörten die Kriegervereinsler den Eingang einer Arbeiterwohnung, schlugen eine Frau auf der Straße nieder usw. Die Genarmerte verjagte. Durch den zweiten Überfall wurde

Nach bewiesen, auf wessen Seite die Schuld liegt. Zuletzt mußte die gesamte Arbeiterschaft zum Schutze der Jugend aufgeboten werden.

Armenien und Angora.

Die sozialistische Partei Armeniens wendet sich mit einer Denkschrift an die Öffentlichkeit, in der die jüngsten Christenmordeleien in dem selbständigen Teile der Türkei dokumentarisch festgelegt werden. Die Hauptquelle bilden Berichte des amerikanischen Hilfswerkes „Near East Relief“. Die Amerikaner sind sehr genaue und objektive Beobachter. An der Zuverlässigkeit der Berichte kann nicht gezweifelt werden. Den Vertretern der türkischen Regierung von Angora scheinen die amerikanischen Augenzeugen deshalb sehr un bequem zu sein. Die hervorragendsten Mitglieder des Hilfswerkes wurden nach den Angaben der Denkschrift aus Angora ausgewiesen, den anderen verboten, ohne Regierungserlaubnis und Aufsicht ihren Aufenthaltsort zu wechseln. Es würde zu weit führen, auf die Mordleien, denen Tausende von Christen zum Opfer gefallen sind, des näheren einzugehen.

Der Führer der amerikanischen Mission Ward ist mit dem italienischen Delegierten Tuozzi, der das Gebiet im Januar dieses Jahres besuchte, darin einer Meinung, daß die von den Türken besetzte Politik den Zweck hat, die christlichen Minderheiten auszurotten. Als Beleg für seine Behauptung führt Ward neben den Tatsachen die Aeußerung eines türkischen Kommissars für Volksbildung an, im Jahre 1915 hätten die Türken die Ausrottung der Nichttürken unvollendet gelassen, diesmal würden sie ihre Sache gründlich machen. Bezeichnend sei auch ein Zwischenfall, der sich am 29. Mai im großen Nationalrat von Angora ereignete. Als ein oppositioneller Deputierter die Bedrückungs- und Vernichtungspolitik der kemalistischen Regierung bedauerte, feuerte ein früheres Mitglied der nationalistischen Partei für Einheit und Fortschritt, augenblicklich Leiter des offiziellen Organs der kemalistischen Regierung, blindlings auf den Redner.

Ueberraschend ist der neue christenfeindliche Kurs in der Türkei nicht. Es ist bekannt, daß sich ein besonders aktiver Kern der türkischen Nationalisten unter der Führung Kemal Paschas dem Vertrag von Sevres nicht beugte, die kleinasiatische Provinz Angora für autonom erklärte und von hier aus den Widerstand gegen die alliierte Durchdringungspolitik organisierte. Darauf folgte im Einverständnis mit der Entente der griechische Feldzug gegen die Kemalisten, der den Zweck hatte, das Gebiet von Smyrna für Griechenland zu erobern und der kemalistischen Herrschaft ein Ende zu bereiten. Schon zu Beginn dieses Feldzuges kam es zu Barbareien auf beiden Seiten, die darauf hindeuteten, daß der Kampf nicht ohne Einfluß auf die Rassen- und Nationalitätenverhältnisse bleiben würde. Der Widerstand der Türken war hartnäckiger, als man ursprünglich angenommen hatte, das griechische Expeditionskorps geriet wiederholt in Bedrängnis, und wenn es der griechischen Heeresleitung gelang, kurz vor der

Devisen-Kurse.

Berlin, 19. Juni.

Amthche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		17. Juni.	15. Juni.
Amsterdam	100 fl.	12484.80	12084.85
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	2651.65	2571.75
Kristiania	100 Kr.	5508.10	5823.80
Kopenhagen	100 Kr.	6941.80	6761.50
Stockholm	100 Kr.	8299.60	8019.95
Helsingfors	100 finn. Mk.	695.10	667.65
Rom	100 Lire	1602.95	1570.50
London	1 £	1493.20	1390.75
New York	1 Doll.	321.89	310.86
Paris	100 Frs.	2806.45	2751.55
Zürich	100 Frs.	6112.35	2927.55
Madrid	100 Pesetas	5043.65	4903.85
Wien	100 K.	2.03	1.73
Prag	100 K.	622.20	597.25
Budapest	100 K.	33.70	30.71

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 17. Juni: D. Walroß von Trangsund in 3 1/2 Tagen, Motorsegel Augusta von Flensburg in 1 Tag, S. Dora von Aarhus in 4 Tagen, S. Helene von Jelmarn in 1 Tag, S. Selmi von Romita in 16 Tagen, S. Kroll von Eckenlund in 1 Tag, S. Olga Mathilde von Leharanda in 11 Tagen, D. Ormen von Kopenhagen in 1 Tag, D. Helmuth von Trangsund in 3 1/2 Tagen, D. Gauthiod von Stockholm in 2 Tagen, S. Kopalva von Esberg in 3 Tagen, D. Leontonia von Oskarshamn in 2 Tagen, D. Helgoland von Borge in 2 Tagen, S. Jupiter von Aarhus in 4 Tagen, D. Delphin von Kolbing in 1 Tag; am 18. Juni: D. Tracimünde von Rendsburg in 1 Tag, S. Monteith von Treleborg in 2 Tagen; am 19. Juni: D. Vulkan von Willau in 3 Tagen, D. Jeeland von Flensburg in 1 Tag, D. Garaid von Gmden in 2 Tagen, S. Bagger 21 von Willau in 3 Tagen, D. Plagiator von Hamburg in 2 Tagen, S. Donau von Hamburg in 2 Tagen, D. Bürgermeister Laßenz von Burgstaaten in 4 Stunden.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Heiligkeit Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Freistaat Lübeck.

Montag, 19. Juni.

Der Reichsarbeiterporttag.

Am Sonntag traten zum zweiten Male die Arbeiterportvereine Deutschlands an die Öffentlichkeit, um die Bedeutung erkennen zu lassen, die der Sportbewegung gebührt und Propaganda für eine zweckmäßige Körperkultur zu entfalten. Die sportliche Betätigung ist, wie manche heute noch glauben, keine zur Mode gewordene nebensächliche Erscheinung, sondern sie ist überaus notwendig und dringend zu empfehlen. Viel Mühe und Arbeit hat es gekostet, und lange hat es gedauert, bis die Arbeiterportvereine sich zu der Höhe entwickelten, in der sie heute stehen. Während im früheren kaiserlichen Deutschland den öffentlichen Sportvereinen vom Staat die weitgehendste Unterstützung und Förderung zuteil wurde, unterdrückte man die Arbeiterportvereine mit allen Mitteln. Nachdem nun aber mit der Einführung der Republik die Bekämpfung aufhörte, nahm die Arbeiterportbewegung einen mächtigen Aufschwung. Auch im letzten Jahre ist es weiter vorwärts gegangen, wie ein Vergleich zwischen dem ersten und zweiten Reichsarbeiterporttag deutlich zeigt. Die Bewegung hat nicht nur an Umfang zugenommen, sondern auch die Leistungen der einzelnen Sportvereine haben sichtbaren Fortschritt gemacht. Das bewiesen u. a. auch die Darbietungen bei der

Eröffnungsfeier

am Sonnabend abend im Gewerkschaftshaus. Eine dichtgedrängte Zuschauermenge füllte den großen Saal und die Galerie. Das reichhaltige Programm bot des Guten fast zu viel. Es dauerte rund 5 Stunden, bis es abgemeldet war. Mit zwei lebenden Bildern, gestellt vom Bildhauer Kühne, wurd' der Abend eröffnet und eine Pyramide der Frauenabteilung des A. T. und des S. B. L. bildete den Schluß. Der Chorverein brachte zu Anfang 2 Ueber sehr schön zu Gehör. Dann folgten die verschiedenartigsten Vorführungen. Die Männerabteilung des A. T. und S. B. L. machten gut eingelebte Freiübungen nach der Musik. Die Exerzieren und die Jongliertruppe des Kraftsportvereins „Atlas“ führten anstrengende Muskelkraftübungen ansehender leicht aus. Der Kadetten der Jungmannschaft des Arbeiterabfahrervereins erweckte großes Interesse, desgleichen auch das Keulenschwingen der Frauenabteilung des A. T. und S. B. L. Ausserordentlich fand der Konzertklub mit seinen Musikstücken. Besonders gut wurde ein Konzertwalzer nach Motzen aus Hoffmanns Erzählungen gespielt. Der Harmonikklub „Harmonia“ fand ebenfalls starken Beifall mit seinen beiden Stücken. Was die Red-Barren-Riege des A. T. und S. B. L. vollführte, kann nur durch ernste regelmäßige Übungen erzielt werden. Die Gewandtheit der jungen Leute rief Bewunderung hervor. Schaukampfe und Schauringkampfe führten Mitglieder des Kraftsportvereins „Atlas“ vor. Die Kämpfe wurden mit Spannung Aufmerksamkeit verfolgt. Die Tänze der Arbeiterjugend und der Ratuzerfreunde werden stets gern gesehen. Der Kunstreigen der Arbeiterabfahrer mit ihren blindenden Köden gefiel sehr. „De Unschuld nun Land“ nannte sich eine, oft Heiterkeit erregend Komödie, in der Mitglieder des Theatervereins „Freiheit“ ihre schauspielerische Kunst zeigten. In dieser Komödie wirkte die „Leuchte Unschuld“ recht drastisch. Erst gegen 12 Uhr war das reichhaltige Programm abgemeldet. Der starke Beifall bei fast allen Darbietungen zeigte, daß die Erzhörner von dem Gebotenen voll befriedigt waren. Es war ein wohlgeleiteter Abend, den das Arbeitersportartell veranstaltet hatte.

Am Sonntag vormittag fanden auf Buniamshof v o l k s t ä m m l i c h e Wettkämpfe statt. Anschließend daran wurde ein Mannschaftsstraßenlauf durch die Stadt und Freiübungen auf dem Geibelplatz, Klingenberg und Hürterdamm veranstaltet. Nachmittags 1 1/2 Uhr versammelten sich die Arbeitersportvereine zu einem

auf dem Burgfelde. Es war ein starker Zug, der sich von hier durch die Stadt nach Buniamshof bewegte. An der Spitze des Zuges marschierte eine Musikkapelle. Dann folgten die Radler mit einem geschmückten Wagen und ihren mit Blumen und Grün bekränzten Rädern. Die Sportler machten in ihrer schmucken leichten Kleidung einen imposanten Eindruck. Außer den bekannten Sportvereinen war auch der Wassersport mit dem Seglerverein „Hansa“ und dem Schwimmklub vertreten. Auch Kinder, Jugendliche und Frauen nahmen in starker Zahl am Zuge teil. Das Trommler- und Pfeiferkorps, sowie der Konzertklub und der Harmonikklub spielten Märsche und im gleichen Schritt ging es durch die Stadt. Zahlreiche Zuschauer hatten sich in den Straßen angefannt, die neugierig den imposanten Zug betrachteten.

Auf Buniamshof mochte bald eine große Menschenmenge. Dort hielt zunächst Genosse Dr. Leber eine martige Ansprache. Er wies auf die stolze Höhe hin, die der Arbeitersport — ganz aus eigener Kraft — erreicht habe und die ihn zu einer der besten Hilfen für die gesamte Arbeiterbewegung machten. Nichts sei so sehr geeignet, als der Sport im Kreise der Klassenossen, um Willen und Körper der jungen Genossen für den Freiheitskampf der Arbeiter zu stärken. Zweck des Reichsarbeiterporttages sei es, der ganzen Welt zu zeigen, daß jetzt schon der Arbeitersport sich überall mit dem bürgerlichen Sport messen kann; und daß er einer noch größeren Zukunft entgegen schreitet. Der zweite Zweck aber des heutigen Tages ist die Verbreitung des Sportgedankens in der gesamten werktätigen Bevölkerung. Vor allem sollen jene Profetarier, die immer noch bürgerlichen Sportvereinen angehören und so ihre Klasse und sich selbst verzerren und beschimpfen, wieder einmal aufgerüttelt werden. Heute sollen sie es fühlen, wozu sie gehören; heute sollen sie die Schande ihres Verrates doppelt brennend fühlen. Mit den besten Herzenswünschen für den Arbeitersport und für die ganze Arbeiterbewegung schloß die kurze Ansprache. Und ein dreifaches Freizeil brauste über den weiten Platz.

Alsdann begannen die Freiübungen der Kinder, Frauen und Männer, denen Red- und Wettspiele, Tänze usw. folgten. Alle Vorführungen wurden mit lebhaftem Interesse vom Publikum verfolgt.

So nahm der Arbeitersporttag einen guten Verlauf. Er dürfte bei manchem das Interesse für die sportliche Betätigung geweckt zu haben. Die Arbeitersportvereine aber haben durch die Veranstaltung gezeigt, daß sie Hervorragendes leisten und den bürgerlichen Vereinen in nichts nachstehen. Die Parole muß daher für jeden Arbeiter lauten: Hinein in die Arbeitersportvereine! Jeder Klassenbewußte Arbeiter melde die bürgerlichen Sportvereine.

Das Resultat der Wettkämpfe ist folgendes:

Leichtathletische Wettkämpfe morgens auf Buniamshof. Circa 150 erwachsene Wettkämpfer und Turnerinnen trafen 8,30 Uhr zum friedlichen Wettkampf an. Außerdem noch 80 Schüler und Schülerinnen. In den einzelnen Stufen wurden folgende Bestleistungen erzielt: Männer-Oberstufe: 1. Walter Kückert-Rücknitz 307, 2. Alfred Sternberg-Rücknitz 271, 3. Josef Kückert-Rücknitz 263, 4. John Birthe-Lübeck 234 Punkte. — Männer-Mittelfstufe: 1. Franz Goll-Rücknitz 350, 2. Karl Dettmann-Lübeck, Abt. II, 344, 3. Rudolf Brehl-Schlutup 342 Punkte. — Jugend: 1. W. Grath-Lübeck 315, 2. M. Dampke-Lübeck 308, 2. S. Karstadt-Lübeck 308, 2. P. Müller-Lübeck 308, 3. W. Gründert-Lübeck 290 Punkte. — Frauen-Oberstufe: 1. Hertha Böttcher 190, 2. Dora Möller 150, 3. Alara Welzel 125 Punkte. — Mädchen: 1. S. Quade-Lübeck, Abt. II, 55, 2. W. Gander-Lübeck, Abt. I, 50, 3. S. Dreiholz-Lübeck, Abt. II, 43 Punkte. — Mädchen: 1. Olga Böhl-Lübeck, 2. Agathe Frensch-Lübeck 41, 3. Gertrud Bremer-Lübeck 38 Punkte. — Die Sonderwettkämpfe am Nachmittag zeigten folgende Resultate: Stabhochsprung: S. Roods-Lübeck 65, J. Jahnke-Lübeck 65 Punkte. — Diskuswerfer: S. Mull-Lübeck 44 Punkte.

Speerwerfer: W. Kückert-Rücknitz 86 Punkte. — Faustballresultate: S. B. B. Bornhörs 1 : Lübeck, Abt. I = 61 : 56. Lübeck, Franenabtl. I : Lübeck, Franenabtl. II = 34 : 24. Lübeck, Abt. II, Ia : Schlutup Ib = 64 : 60. Lübeck, Abtl. III : Lübeck, Abtl. I 78 : 58. Rücknitz Ib : S. B. Bornhörs I : Rücknitz I = 72 : 59. Lübeck, Abtl. I : Lübeck, Abtl. III = 77 : 32. Schlutup I : Stodelsdorf I = 65 : 43. — Radballspiel: Jugend I : Männer I, Arb.-Radf.-Verein = 4 : 1. — Stafettenläufe, Schüler 8x100 Meter: Holstentor I = 2 Min. 10% Sek., Holstentor II = 2 Min. 19% Sek., Holstentor III = 2 Min. 26% Sek. — Jugend, 8x100 Meter: J. S. B. I = 1 Min. 55% Sek., Markt = 1 Min. 55% Sek., Lübeck, Abt. II = 1 Min. 56% Sek. — Männer, 4x200 Meter: Rücknitz = 1 Min. 20% Sek., Markt = 1 Min. 58 Sek. — Schachwettkampf Lübeck-Rücknitz: Rücknitz 7 +, Rücknitz 6 +, Remis 3.

Göhendienst.

Die Hundstage fordern schon Opfer, ehe sie recht im Anzug sind. In alldeutschen Hirnen rührt die Sonnenglut bedenkliche Verwirrung an, wie die Stimmen aus dem Reiche täglich beweisen. Es herrscht eine Feuerbrandstimmung, scheint vor sich zu gehen und doch recht plump geführt von ehemaligen Weltheilgen, die mit aller Gewalt den eigenen Marterpfahl in die Glut werfen. Da dort, wo alles leidet, Karl allein nicht helfen kann, so treten auch Hanseaten in den Reigen zum großen Indauerang. Wild durcheinander wirbeln's, auf alle mögliche und unmögliche Art wärmt man sich am heiligen Feuer und erneuert den ewigen Schwur: nicht zu rufen, bis der Urstand wiederkehrt, der alte Macht und Herrlichkeit krönt. Heute ist es eine Pastorenpredigt: in den Lübecker Anzeigen, morgen eine sogenannte Kriegerehrung mit Parademarsch und Pfingstbumbada, voran an der Spitze ehemalige Humpelkinder mit trübseligem Flitterklam, übermorgen wird ein Steinhäufchen in der Wüste angebetet uft. Wir begreifen es ja: wer einmal an Throves Stufen gekniet ist, wer 20 000 „Kerlen“ auf Tod und Leben kommandieren konnte, dessen Totendrang läßt es einfach nicht zu, in schlichtem Bürgerrock durch die Straßen zu schlendern. Man will etwas scheinen; deshalb wird die Uniform herausgeholt, getreu dem Worte: Kleider machen Leute. Uebrigens eine Frage: können abgetaktete Militaristen ebemaliger preussischer Couleur zu jeder Stunde die Republik desanowieren und monarchistische Propaganda öffentlich treiben? Wir fürchten zwar nicht, daß selbst Erzengelien in ihrem Pomp die Welt erschüttern, aber etwas Achtung vor dem geltenden Recht kann ihnen vielleicht doch beigebracht werden, solange sie vom republikanischen Staat die Pensionen einstreichen.

Neben einem Spaziergang zum Ehrenfriedhof gab es dieser Tage noch ein Wettkennen auf dem Pariner Berg, allwo Herr Warte-Holz eine Rede an den Mond hielt und ein Herr Dühring (wenn wir nicht irren ehemaliger Freimaurerstand) wie ein Mephisto paradieshaft in die Flammen sprang. Der Lübecker Generalanzeiger ist ob der Reden ganz lobfüchtig geworden — vielleicht hätte der Mond die bekannte Anziehungskraft aus. Das „unparteiische“ Blatt, leider noch in manchen Arbeiterhaushalten zu finden, hat die Frechheit, allen nicht auf Schwarz-Weiß-Rot Schwärenden die nationale Gesinnung abzulippen. Hundstoller als seine chauvinistische Straßenschwärmerin schwärmt der Generalbambum für den von Warte-Holz propagierten Umsturz. Wohl wortwörtlich drückt er dessen deutschpöhlische Göhenpredigt ab, kündigt im Hochgenuss kommender Fürstenthrone, erwidert er sich den ledernen Orden im Voraus.

Was Holz redete? Von Raube gegen Franzosen, Dänen und Polen, von undeutlichem Geist, vom „Regierungsverein“ in Berlin, vom außer Rand und Band geratenen deutschen Volk, vom Niedergang der Republik, vom Gelübde, nicht zu rufen, bis die schwarz-weiß-rote Fahne wieder über der Kaiserkrone flattert. Auch allerhand dummes Zeug über die Sozialdemokratie fesselte der Braue, der Dautere, sprach den sozialdemokratischen Arbeitern

Antje Möller.

Ein Roman aus Schleswig-Holstein von K. von der Eider.

22. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
 „Ach, was Du gleich für Worte gebrauchst! Ich habe sie gehen lassen. Sollte ich sie denn noch länger behalten zum Skandal für die Leute? Ich habe getan, was ich konnte. Sie hat zweihundert Taler bekommen und ist damit zufrieden, hat also nichts mehr zu verlangen. Du kannst Dich bei mir bedanken, daß Du so billig davonkommen bist. Wenn Du aber mal wieder mit einem Mädchen anknüpfst, dann suche Dir wenigstens eins aus, das Du heiraten kannst.“
 Rolf war einen Augenblick wie vor den Kopf geschlagen; er brauchte geraume Zeit, sich zu sammeln.
 „Er zog seine Uhr hervor. „Für heute ist es zu spät; morgen fahre ich nach Imstede.“
 „Was willst Du da?“
 „Das Aufgebot will ich bestellen.“
 „So! Na, dann warte man noch ein bißchen, bis Joen zurückkommt, dann könnt ihr beide zusammen fahren, und sie kann sich dann ja ausuchen.“
 Bei diesen Worten holte sie Jovens Briefe hervor und reichte sie Rolf. Sie wies ihm die Stelle, auf die es ankam, und bewies ihm scharf und spitfindig wie ein Advokat, daß Antje schon vor längerer Zeit mit Joen einig geworden wäre. Rolf hörte ruhig zu. Nur einmal kam es wie ein unterdrücktes Seöhnen aus seiner Brust. Es war ja alles sonnenklar. Er hatte die Briefe gelesen, es war gar nicht nötig, daß sie alles noch extra beschildete.
 „Ich fahre morgen nach Heisterneß“, sagte er, „und sehe mich mit Joven auseinander.“
 „Bist wohl unglücklich!“ lachte die Mutter. „Er kommt ja in vier Wochen zurück, dann kannst Du Dich mit ihm aussprechen, wen von Euch sie am meisten vernarrt gehalten hat. Ihr beide seid es auch noch nicht allein. Mit dem Großknecht hat sie auch was gehabt. Ist das Heie Rehm von früher? Da steckt niemand anders dahinter, als diese Frauensperson, die hatte an einem nicht genug; sie mußte zwei, drei haben, und wer das meiste Geld hatte, mit dem ließ sie sich am weitesten ein. Sei du froh, daß Du von ihr los bist.“
 Rolf Andersen ergab sich. Es war alles so klar, was die Mutter sagte; manches, was er selbst gesehen und gehört hatte, stimmte dazu. Die Briefe, von Jovens Hand geschrieben, lagen auf dem Tisch und ließen sich nicht fortzulegen. Die Mutter hatte recht, es hatte keinen Zweck, Antje aufzusuchen. Es gab nur Aufregung und Ärger. „Es ist gut!“ Mit diesen Worten ging Rolf hinaus. Es widerstrebt seiner phlegmatischen Natur, noch länger über etwas zu sprechen, was vergessen werden mußte. So ganz leicht wurde ihm das Vergessen aber doch nicht; zwischen seinen Augenbrauen hatte sich eine Falte eingegraben.

Es war aber auch nicht ganz leicht, Antje Möller zu vergessen. Einige Tage behalt man sich ohne Binnerdeern, da fehlte es an allen Ecken und Enden. Es war nichts in Ordnung. Dann kam die dicke Wachsmauerlein zur Ausschilfe. Die ging mit aufgekrampter Nerven und hochgefügtem Kopf im Hause umher. Sie setzte Stuben und Diefen förmlich unter Wasser und verdrückte überall einen unerträglichen Sodageruch. Fran Martien litt öfter als je an Magenbeschwerden und schalt noch mehr und noch lauter als sonst. Die Ungemütlichkeit griffte aus allen Winkeln. Es war eine Heidenwirtschaft, wie die Leute einstimmig anerkannten; aber was nützte es, bis November mußte man sich schon behelfen; eher konnte der Witsman keine neue Dienstboten austreiben.
 Ende September kehrte Joven aus Heisterneß zurück. Er sah verhältnismäßig wohl aus; die Arbeit hatte ihn gekräftigt. Volter Freude eilte ihm die Mutter entgegen; aber seine Blide flogen schon suchend voraus, als er noch ihre Hand hielt.
 Joven trat in seine Stube. Mit einem einzigen Blick überfah er, daß hier nicht Antjes Hand gewaltet hätte. Seine Bücher lagen durcheinander. Trübselig hatte der Vogel auf seiner Stange. Als Joven hingutrat, flatterte er gegen die Stäbe des Krüggs und weißgelben Federhens flogen umher. Er trat ans Fenster; da standen seine Raketen in ihren roten Töpfchen und sahen ganz verhuht aus; die Erde war ganz trocken. Ein Genzger entrang sich der Brust des jungen Mannes. Wo war sie, die hohe, seine Magd aus dem Grafengeschlecht?
 Als er in der Wohnstube beim Kaffe saß, hielt er nicht länger an sich. „Wo ist Antje?“ fragte er.
 Die Mutter zog die Schultern hoch und machte eine abwehrende Miene. „Sie ist fort“, sagte sie in hartem Tone; „sie führte einen zu unmoralischen Lebenswandel.“
 Joven sah sie mit hilfloser Miene an. Er konnte sich offenbar gar nicht denken, was seine Mutter unter unmoralischem Lebenswandel verstand.
 „Sie mußte fort“, erklärte Frau Andersen, wir konnten sie nicht länger behalten, der Leute wegen.“
 Joven verstand noch immer nicht. Frau Andersen mußte ganz deutlich werden; da begriff er endlich. Große Tränen rollten über seine Wangen; er drehte sich um und verließ das Zimmer.
 Auf seiner Stube angelangt, stützte er den Kopf in beide Hände und weinte wie ein Kind, das den ersten tiefen Schmerz nicht überwinden kann. Es wurde dämmerig; er fühlte noch kein Bedürfnis, sein stilles Zimmer zu verlassen.
 Rolf trat zu ihm herein mit festem, lauten Schritt. „Ich möchte mit Dir sprechen.“ Ernt und laut sprach er diese Worte, wie ein Mann zum Manne spricht.
 „Was willst Du?“ fragte Joven müden Tones.
 „Wie steht's mit Antje Möller?“
 „Antje! Wie ein Schwanz aus dem andern Wunde.“

Rolf hatte gar zu rücksichtslos den Verband von der frischen Wunde gerissen.
 Joven schluchzte herzerbrechend. „O Antje, meine Antje!“ Vor diesem heftigen Schmerzesaubruch stand Rolf betroffen still. Das mütterliche, liebevolle Gefühl, das er immer dem jüngeren Bruder gegenüber empfunden hatte, machte sich auch jetzt wieder geltend. Er umfahie die schmalen Schultern des andern und suchte ihn zu trösten. „Sei still mein Junge, meine doch nicht so. Wie wieder soll der Name über unsere Lippen kommen, sie soll nicht zwischen uns treten.“
 Das Schluchzen des jungen Mannes ging in ein stilles Weinen über. Rolf sah neben ihm und hielt seine Hand. Immer stiller wurde das Weinen, jetzt ließ es ganz nach. Rolf blühte ihm ins Gesicht; er war eingeschlafen. Da ließ er die Hand fachte los, jedoch ihm ein Riffen unter den Kopf und verließ, auf den Zehenspitzen gehend, das Zimmer. Von dieser Zeit an durfte Antjes Name auf Reithwischhof nicht mehr genannt werden.
 Es wurde ein trübseliger, langweiliger Winter. Die neue Binnerdeern war fauertöpfisch und langsam. Heie Rehm kündigte zum zwölften Mai. Ob es an keinen Grillen oder an der schlechten Laune des Herrn lag; sie wurden nicht mehr miteinander fertig.
 Still war es auf Reithwischhof geworden. In der Leutestub saßen alle schläftig beieinander, und in der Wohnstube hörte man kaum ein Wort. Frau Andersen fragte mehr als je über ihren Magen. Ueberall fehlte die Luft zum Reden; zwischen ihnen stand ein Name, der nicht ausgesprochen werden durfte. Ein einziges Mal fragte Joven die Mutter schüchtern, ob für Antje gesorgt sei. „Du kannst Dich darauf verlassen“, antwortete Frau Andersen, „wir sind ihr nichts schuldig.“
 Zwischen den Brüdern wurde der Name nicht mehr erwähnt. Eine Familienfestlichkeit unterdrückte die Winterlangeweile: Ingeborg Jessen verlobte sich mit dem dicken Timm Thedens, dem Wirt vom Kringelkrug. Er war nicht mehr jung, aber reich, und da er infolge seines schweren Körpers zu Schlagflüssen neigte, hoffte sie, ihn um viele Jahre zu überleben.
 Es war eine lustige Verlobung; denn an Rum und Wein zum Punsch wurde nicht gespart. Ingeborg hatte ein seidenes Kleid von der Farbe roter Manessteine an, was gut zu ihrem blühenden Gesicht und dem rotblonden Haar paßte.
 Nicht lange nach der Verlobung wurde die Hochzeit im Frühjahre gefeiert. Joven wohnte dieser nicht mehr bei; er war ganz nach Heisterneß übergesiedelt und hatte diesmal den Kanarienvogel und alle Bücher mitgenommen. Die Raketen wurden auf den Düngerhaufen gemorfen, wo die Fühner sich dem Ansehen nach über ihre Eigenart höchlichst verwunderten. Sie waren total verrotten.
 Frau Andersen wurde immer grämlicher. Im stillen kriegte sie es mit Antje zu, daß sie so sehr am Magen litt, daß Rolf sich die nette Perlon hatte aus der Nase gehen lassen und daß Joven nun allein auf dem gottverlassenen Heisterneß wohnte.
 (Fortsetzung folgt.)

Wende und freien Willen ab und will zum Schluss vollenden das Werk, für das das deutsche Volk litt und litt. Wer Holz kennt, weiß, daß er so ziemlich alles auf den Kopf zu stellen versteht, und daß er ein politischer Geschäftsmann unbedeutender Sorte ist. Aber so sind die Deutschen deutschnational-völkischer Abstammung. Sie glauben selbst in tropischer Sommerszeit Kohl pflanzen zu können, obwohl jedes Kind sieht, daß das Pflänzlein umknickt, ehe es recht im Boden steckt. Zudem ist die Wurzel schon faul. Das paßt aber gerade „unparteiischen“ Blättern vom Schilde des Generalkanzlers, denn diese brauchen Mist und leben vom Mist. Daher die Begeisterung. Frau Nachbarin, Euer Gläubiger.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Groß-Kaufmanns- betrieben und in der Weinbranche sind seit heute morgen wegen Lohnänderungen in den Aufstand getreten. Kein organisierter Arbeiter darf dort in Arbeit treten.

Verbindlichkeitsklärung eines Tarifvertrages. Der am 4. März 1922 abgeschlossene Nachtrag zum Tarifvertrag für die Laub- und techn. Metallindustrie der Gütten- und Metallindustrie vom 1. Februar 1922 für allgemein verbindlich erklärt worden. Damit haben sämtliche Laub- und techn. Angestellten der Gütten- und Metallindustrie Anspruch auf Zahlung der in dem Tarifvertrag festgelegten Mindestgehälter. Nähere Auskünfte erteilen: der Gewerkschaftsbund der Angestellten, Holstenstraße 26, der Zentralverband der Angestellten, Johannisstraße 48 und der Gesamtverband Deutscher Angestelltengewerkschaften, Breite Straße 85/87 und Mengstraße 26.

Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1922 (Mitglied). Der Entwurf des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1922 wird gegenwärtig in der Finanzbehörde beraten. Es ist damit zu rechnen, daß er gegen Ende des laufenden Monats an den Senat gelangen wird. Die Verzögerung ist dadurch hervorgerufen, daß der Haushaltsplan infolge der erneut eingeleiteten Verteuerung aller Materialien und der Steigerung der Gehälter und Löhne nachmals den Behörden zurückgegeben werden mußte, um ein einigermaßen richtiges Bild über die Einnahmen und Ausgaben des Staates zu erhalten. Andernfalls hätte sofort mit der Aufstellung eines Nachtragsetats begonnen werden müssen. Da die den Behörden durch Rat- und Bürgerklub vom 27. März 1922 zur Verfügung gestellten Mittel erschöpft sind, ist deren Verstärkung erforderlich. Der Senat stellt daher, einem Antrage der Finanzbehörde folgend, zur Mitgenehmigung der Bürgerkammer: 1. daß die Behörden ermächtigt werden, die Gehälter für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1922 in der gesetzlichen Höhe weiterzuführen; 2. daß den Behörden im übrigen für laufende Ausgaben, einschließlich der einmaligen Ausgaben, ein weiteres Budget für die laufende Ausgaben im Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1922 und im Nachtrage dazu ausgeworfenen Beträge zur Verfügung gestellt werde. Mit Rücksicht auf die Eilebedürftigkeit hat der Senat bereits die Behörden zur Fortzahlung der Gehälter bis Ende September d. J. ermächtigt.

Statistischer Monatsbericht über Lübeck für Mai 1922. Nach der Fortschreibung des statistischen Amtes betrug die Bevölkerung zu Jahresende Ende Mai 122 115 gegen 121 796 zu Beginn des Monats und 119 385 Ende Mai v. J. Der Geburtenüberschuss belief sich auf 39 und die Wanderungsbewegung brachte uns bei 1922 zu- und 1642 Weggezogene einen Gewinn von 280 Personen. — Im Mai wurden 90 Ehen geschlossen gegen 141 im Vormonat und 143 im Vorjahre. Die auf 1000 Einwohner und das Jahr berechnete Heiratsziffer von 8,8 war um 5,1 bzw. 3,4 geringer als die vommonatige (13,9) und die des Vorjahres (14,2). Von der Ehegeschlossenen heirateten zum zweiten Mal 25, und zwar 12 Männer und 13 Frauen. — Die Zahl der Geborenen einschließlich der Totgeborenen war mit 281 (120 Knaben und 161 Mädchen) wenig höher als im April (221) und als im Mai des Vorjahres (225). Die auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnete Geburtenziffer blieb mit 22,7 um 2,2 hinter der des Jahres 1913 (24,9) zurück. Unter den Geborenen waren 30 oder 13,0 % unehelich und 7 oder 3,0 % tot. — Gestorben sind 185 Personen und zwar 101 männliche und 84 weibliche. Im Vormonat starben 194 und im Mai vorigen Jahres 140. Die allgemeine Sterbeziffer (auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet) belief sich auf 18,2. Sie war um 4,1 höher als die des Vorjahres (14,1) und stand 2,0 über der Ziffer des Jahres 1913 (16,2). Im ersten Lebensjahr starben 28 Kinder. Die auf 1000 der Lebendgeborenen, aus denen die gestorbenen Säuglinge stammten, berechnete Säuglingssterbeziffer betrug 137,6 gegen 129,4 im Vormonat und 106,9 im Vorjahre. Todesursache war 34 mal Krankheiten der Kreislauforgane, 23 mal Krankheiten des Nervensystems, 21 mal Lungenerkrankung, 17 mal Krebs, 15 mal Tuberkulose, hierunter 5 im Alter von 15 bis 30 Jahren, 13 mal Altersschwäche und 12 mal Infektionskrankheiten. Gewaltsamen Todes starben 14 Personen und zwar 5 durch Selbstmord, 1 durch Mord und 8 durch Verunglückung.

Preissteigerung. Von einer Preissteigerung kann nicht mehr geredet werden, ein toller Wirbel hat eingesetzt, jeder Haart ist verlorengegangen. Die Kleinstpreise haben eine Höhe erlangt, daß die Minderbemittelten nicht einmal Sonntags sich ein Brötchen zulegen können. Kein Wunder, daß der Kleinstverbraucher immer mehr zurückgeht. Die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters wird immer fläglich, das Volk verarmt immer mehr. Viele müssen sich jetzt mit Gemüse behelfen. Aber auch dieses geht sehr hoch im Preise. Die Spargelzeit ist bald vorüber. Da nicht jeder 16 oder 20 Mk. für das Pfund anlegen konnte, so kauften auch viele auf dieses Gericht verzichteten. Nicht viel anders geht es mit den anderen Gemüseliegen. Erdbeeren werden jetzt in großen Mengen auf den Markt gebracht. Anfangs zu 50 Mk. das Pfund, jetzt kosten sie allerdings „nur noch“ 25–30 Mk. Kirschen kann man für 20 Mk. erheben. Die übrigen Früchte passen sich diesen „Kleinpreisen“ an. Das Geld langt nirgends und so muß die Stadtbewölkerung weiter darben, damit die Produzenten und andere Profitgieriger gesund werden.

Schwindelgeschichten. Den Presseberichten der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelgeschichten in Lübeck entnehmen wir folgendes: Warenkreditwindel. Die Konsulente Fritz Kretzer, vom Schiff und Paul Schmepp in Kassel, die sämtlich mittellos sind, haben Waren auf Kredit in der Weise zu erlangen, daß sie einander als Referenz ausgeben. Vor Verhängung wird gewarnt. — Hinter der Firma Bankkommission, Berlin-Halensee, erbot sich der Lübecker Kellner Wilhelm Vietor zur Gewährung von Darlehen. Nach Entdeckung eines Strafsverfahrens wegen zahlreicher Betrügereien ist er flüchtig geworden und soll sich verbergen. — „Sauls-Gesellschaft“ vertritt die Firma Schulz-Gara & Co. in Dresden nach einer übergebenen Photographie für 25 Mk. zu liefern. Daß der Verkäufer für dieses Geld eine Verpfändung nicht bekommt, wahren daß er erst noch mindestens 80 Mk. für eine Auszahlung bezahlen muß, wird ihm noch Keckheiten verweigert, und der Kellner verläßt, den die Firma ihren Kreditgeber möglichst zu demütigen, den Reklamen diesen Betrag der Gesellschaft zu erstatten. — Der Geschäftsmann Max Kubin in Saargemünd betreibt ein Pensionskondominium mit seinen Partnern und dazwischen steht ein namenhaft Kriegsbeschädigte zu größerer Kautelen zu bringen. Er ist bereits wegen Betrugs bestraft und hat den Offenbarungseid geleistet.

Erhöhung der Strafbemessung. Auf Grund des 39 des Reichs-Gesetzes vom 11. Juli 1921 wird der Strafbemessung zu den Gebührensätzen von 80 auf 150 vom Hundert zu Wirkung vom 1. Juli 1922 ab erhöht. Jeder Teilnehmer ist berechtigt, seinen Beitrag bis zum 25. Juni auf den 20. Juni 1922 zu kündigen. Kündigungen sind schriftlich an das Rechnungsamt zu richten.

Stapelklausur. Auf der Flandernwerft lief Sonnabend ein für die deutsche Seewarnt-Linie erbauter 5400-Tonnen-Frachtdampfer glücklich vom Stapel. Der Dampfer erhielt den Namen „Georgia.“

In den Kanal gestürzt. Am Freitag abend bei der Flandernwerft ein biederer Knabe. Ein den Unfall beobachtender unbekannter Mann sprang dem Knaben sofort in voller Kleidung nach und rettete es vom Tode des Ertrinkens.

pb. Kindesleiche. Sonntag nachmittag wurde die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts aus dem Stadtgraben in der Nähe der Weilandbrücke geborgen. Die Leiche, die erst wenige Tage im Wasser gelegen haben konnte, war in einem braunen Pappkarton verpackt und mit einem halben Ziegelstein beschwert, um die Leiche unter Wasser zu halten.

pb. Diebstähle. Von einem Neubau in der Gärtnergasse sind 2 eiserne Träger (Eisenbahnstienen) von 2,40 m Länge und 130 mm Höhe gestohlen worden. Einem Feiler in der Pfaffenstraße sind nach Zerstümmung einer Schraubenstange 300 Stücke Toiletteleiste gestohlen worden. Ein bronzenes Freileitungskabel im Gewichte von 160 Kilo und im Werte von Mk. 20 000, — ist aus dem Magazin der Ueberlandzentrale gestohlen worden.

pb. Festgenommen. wurde ein in der Marlesgrube wohnhafter Arbeiter, der einem Freunde, mit dem er zusammen in einer Wirtschaft gewesen war, 600 Mk. gestohlen hatte. Ein Teil des Geldes konnte dem Diebe wieder abgenommen werden. Als der Bestohlene jedoch mit dem Diebe abreden wollte, ergriff dieser ein Bierglas und verlegte den Bestohlenen nicht unerheblich am Kopf. — Wegen Diebstahls wurde ferner ein Handlungsgehilfe von hier festgenommen. Er hatte seiner im Bangweg wohnhaften Schwester Wäscheleiste im Werte von 1500 Mark gestohlen und zu seinem Vorteil veräußert.

pb. Kindesausjagung. Sonntag nachmittag wurde in den Ballanlagen in unmittelbarer Nähe der Navigationschule ein erst einige Tage altes Kind weiblichen Geschlechts gefunden.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

„Verein Arbeiterjugend“. Dienstag, den 20. Juni, 7 Uhr im Gewerkschaftshaus: Zusammenkunft sämtlicher Funktionäre. Unsere Sonnenwendfeier findet am 24. Juni statt. Treffen 9 Uhr abends Gewerkschaftshaus.

Angrenzende Gebiete.

Rageburg. Tarifänderung der staatlichen Forstarbeiter im Lande Rageburg! Zwischen der Gauleitung des „Deutschen Landarbeitervereins“ und dem Meckl.-Strelitzer Ministerium haben kürzlich Verhandlungen stattgefunden. Für das Land Rageburg treten folgende Lohnveränderungen ab 17. Mai ein: für vollkräftige Männer pro Arbeitsstunde 12 Mk., für Frauen pro Arbeitsstunde 7,40 Mk. Betreffs der Hauslöhne wird ebenfalls ab 17. Mai bei jeder Lohnzahlung ein Aufschlag von 50 Prozent auf die am 14. März vereinbarten Lohnsätze gezahlt.

Hamburg. Zu dem großen Schiffsunglück wird weiter berichtet: Die an Bord des Regierungsdampfers „Aure“ befindliche brasilianische Mannschaft sowie die Leute der Werft und verschiedene andere an Bord tätige Personen versuchten herauszukommen und sprangen ins Wasser, wo die Befehle von Motorbooten den Versuch machte, die Leute so weit wie möglich zu bergen. Ein Teil der Werftarbeiter ist durch herabfallende Inventarstücke vom Schiff getroffen und verletzt worden. Die durch das Kentern des Dampfers auf der Steuerbordseite eingeschlossenen Leute befinden sich in großer Gefahr. Es ist anzunehmen, daß ein großer Teil von ihnen den Tod durch Ertrinken gefunden hat. Sofort nach Bekanntwerden des Unglücks trat die Werftarbeiter mit Rettungsapparaten in Tätigkeit. Es gelang ihr, eine große Anzahl der Leute zu bergen. Bald darauf trat auch die Hamburger Feuerwehr ein, die an der Backbordseite des Schiffes mit autogenen Schneidapparaten Löcher in die Schiffswandung schnitt, um den Leuten, soweit sie noch am Leben waren, zunächst einmal Luft zuzuführen. Von dem Schiff ist nur ungefähr ein Drittel sichtbar. Die Masten liegen zerbrochen unter Wasser, von den Schornsteinen ist ebenfalls nichts zu sehen. Der mit den Rettungs- und Bergungsarbeiten beauftragte Laucher Flint ist bemüht, in die Räume des gesunkenen Dampfers, in denen die der Regierung gehörenden Werte und Dokumente verschlossen sind, einzudringen. Weiter wird versucht, die Navigationsinstrumente zu bergen, doch ist ein großer Teil durch umhergeschleuderte andere Schiffsteile zerrümmert. In die harte an Steuerbordseite liegenden unteren Räume heranzukommen, ist nicht möglich, so daß etwa dort befindliche Leute nicht eher geborgen werden können, bis das Schiff gehoben ist. Ob überhaupt eine Hebung durch Schwimmkräfte möglich ist, erscheint der ganzen Sachlage nach ausser Zweifel. Nach den letzten Nachrichten hat ein Appell der Mannschaften ergeben, daß etwa 27 Leute fehlen, dazu kommen die 12 Vermissten der Schiffsmalerei Drews, vier Schlosser der Baukammer und ein Schiffsmaler der Firma Münchenberg, so daß die Zahl der Toten etwa 45 betragen dürfte. Unter den Verletzten befindet sich auch der Kapitän, dessen Vernehmung bisher nicht möglich war, ferner der erste Maschinist. Von dem Kapitän sagt man, daß er sich am Morgen des Verhollens nicht in einwandfreiem Zustande befunden habe, doch kann mit Bestimmtheit noch keine Ursache des Vorfalls angegeben werden. Die Annahme jedoch, daß in leichtfertiger Weise die elementaren Vorschriften keine Beachtung gefunden haben, gewinnt mehr und mehr an Gestalt.

Hamburg. Sämlicher Unglücksfall. Durch herabfallendes Rauerwerk wurde der Kolonialwarenhandler Inselmann, der mit dem Zigarrenhändler Benemann nebst Ehefrau vor dem Hause Amalienstraße 28 sich zu Tode getroffen. Die übrigen drei Personen wurden durch andere Rauerreste schwer verletzt. Während der Nacht sind Frau Inselmann und der Handier Benemann ihren Verletzungen erlegen. — Weiziere 50 Millionen für den Kleinwohnungsbau werden zur Fortführung des Wohnungsgesetzes auf Finanzwörter und dem Dulsberg von Senat und Bürgerhaushaltskommission beantragt. Ein Teil der Mittel ist notwendig, um die durch Verteuerung mit dem Stillstand bedrohten Bauten weiterzuführen zu können. Der Senat ist mit der Kommission der Ansicht, daß sich die Anwendung des Beitrages im Hinblick auf den Ertrag der Wohnungsbauabgabe rechtfertigen läßt, daß aber weitere, zur Deckung der Wohnungsnot an sich erforderliche Beiträge im Hinblick auf die finanzielle Lage Hamburgs zurzeit nicht bereitgestellt werden können.

Leipzig (Elbe). Genasse Stoll zum Bürgermeister in Rüttenwalde gewählt. Das „Sander-Beizehauer Volksblatt“ berichtet: Die Genossen der Stadt Leipzig und mit ihnen die des Leipziger Kreises haben einen Hörsaal bestellt. Die Hauptfrage und Wahlfrage, die Parteimänner dort, die das Recht zu führen haben, haben es fertig gebracht, den verhassten Gegner fortzujagen. In einer vorläufigen Rede vollzogener Wahl in Rüttenwalde wurde unter Genasse Stoll dort als Bürgermeister gewählt. Sein Amtsantritt wird baldigst erfolgen. Mit dem Ausscheiden Stolls verlieren die Leipziger eine tüchtige Kraft im Kreis-Vorstand.

Leipzig. Ein Moor und Heidebrand, der bei der Pönte schon großen Umfang annahm und große Vorräte in Brand gesetzt, wurde durch einen Sturm verheert, entstand bei Anbruch der Nacht in der Nähe des Dorfes a. d. Ohe. Außerdem ist das Feuer auf einen großen wertvollen Sommercamp

über, der in Flammen aufging. Nur mit Mühe gelang es, das Feuer von dem bebrohten Orte abzulenkten. Der angebliche Schaden, der noch gerichtet zu überhohen ist, ist sehr groß.

Kiel. Ein Schiffsunfall hat sich im Kaiser-Wilhelm-Kanal ereignet. Der von Brunsbüttel kommene amerikanische Dampfer „West Caddon“, 5600 Tonnen groß, hat bei Kilometer 76 den 1416 Tonnen großen schwedischen Dampfer „Standia“ angerannt und befindet sich im sinkenden Zustande. Das Schiff wurde an die Böschung gebracht. Die Schiffsahrt ist nicht gestört.

Schwerin. Ermittelte Mörder. Vor 1 1/2 Jahren wurden in Klütz das Ehepaar Döring und eine alte Frau ermordet. Jetzt ist es endlich gelungen, den Mörder in Hannover zu verhaften. Es ist ein Schloffer namens Walter Schwarz, der schon viel auf dem Kerbholz hat.

Gewerkschaften.

Zum deutschen Gewerkschaftskongress in Leipzig. Der erste Kongress der Gewerkschaften Deutschlands ist eine in mehrerer Beziehung größere Veranstaltung. Schon sein äußerer Umfang ist ungewöhnlich; denn es werden an ihm schon gegen 700 Delegierte aus den Gewerkschaften teilnehmen. Außerdem kann man noch auf 150 bis 200 andere Teilnehmer (Gäste, Bundesvorstand, Pressevertreter usw.) rechnen. Daraus erklärt es sich, daß der Kongress nicht dort tagen kann, wo er eigentlich hingehört, nämlich im Leipziger Volkshaus. Er muß im Saalbau des Zoologischen Gartens abgehalten werden. Dieser gehört der Stadt und enthält den größten Saal Leipzigs, sowie die vielen Nebenräume, die für einen solchen Kongress nun einmal unentbehrlich sind. Außerdem wird dort natürlich ebenfalls eine Postkette errichtet. — Besonders beachtenswert ist auch die Schar der Gäste, die auf dem Kongress anwesend sein werden. Die Gewerkschaften Englands und Frankreichs werden je 2 Vertreter entsenden; aus Belgien wird einer kommen. Ferner fehlen natürlich ebenfalls nicht die Vertreter der Gewerkschaften in den skandinavischen Ländern, der Schweiz, Deutschösterreichs, Ungarns und der Niederlande, die von jeher in freiem Freundschaftsverhältnis zu den deutschen Gewerkschaften standen. Ihnen gesellen sich die Vertreter Polens, Luxemburgs und nicht zuletzt auch des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu. Auch das Internationale Arbeitsamt wird 2 Vertreter schicken. Die schwedische und die norwegische Gewerkschaft werden sich durch ihre Sozialistischen Vertreter lassen. Aus Deutschland sind ferner noch zu nennen: 7 Vertreter des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Siering, Preussischer Minister für Handel und Gewerbe, Rüstau, Sächsischer Arbeitsminister, und Fellsch, Sächsischer Wirtschaftsminister, nebst einer Reihe höherer Beamter aus verschiedenen Ministerien. Auch der Rat der Stadt Leipzig wird sich vertreten lassen. Sozialpolitiker von Ruf, wie Geheimrat Prof. Dr. Herfer und Professor Dr. Heyde (beide aus Berlin) werden ebenfalls auf dem Kongress erscheinen. Nicht zu vergessen sind auch die Vertreter des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine und der Volksfürsorge. — Es wird sich also eine stattliche Anzahl von Männern und Frauen aus Deutschland und dem Ausland auf dem ersten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands zusammenfinden. Hoffen wir, daß es ihnen gelingen möge, die ihnen obliegenden Arbeiten in geistlicher Weise zu lösen.

Aus aller Welt.

Verhaftung eines „Gentleman-Diebes“. Ein Gentleman-Dieb, wie er in der Kriminalistik einzig dasteht, ist gestern in der Person des Direktors Bernutat in Berlin entlarvt worden, dessen Gewerbe so einträglich war, daß er sich eine luxuriöse eingerichtete Wohnung, einen hochleganten Kraftwagen und drei Pferde halten konnte. Der Verhaftete hat zahlreiche Einbrüche und Diebstähle vornehmlich in Pensionaten ausgeführt. Bernutat war bereits vor einigen Jahren wegen eines Einbruchs in das hiesige Polizeigefängnis eingeliefert worden, alle Aufzeichnungen hierüber waren jedoch aus den Akten verschwunden, desgleichen die Fingerabdrücke aus der Kartothek des Erkennungsdienstes.

Die Uhr der Justiz gestohlen. In dem großen Hause in Berlin-Moabit, in dem sich der Schlusssatz so mancher Tragödie abspielt, belacht man augenblicklich einen lustigen Zwischenfall, der sich dieser Tage dort zugetragen hat. Mitteln hinein in eine ernste Verhandlung — man will gerade einem hartnäckigen Dieb den Prozeß machen — kommt plötzlich ein Mann in Monteurbluse auf einer großen Leiter, die er leise an die Wand unter die Uhr des Gerichtssaales stellt. Erstaunt drehen sich die Köpfe der Richter, der Verteidiger, des Angeklagten und der Zuhörer dem Störenfried zu. Der Vorlesende unterbricht unwillig seine Rede und wendet sich mit scharfen Worten an den Eindringling: „Was wollen Sie hier? Wie können Sie es wagen, die Verhandlung zu stören?“ — Der Mann mit der Leiter antwortet höflich und geizig: „Entschuldigen Sie, Herr Direktor, ich wollte bloß die Uhr abholen. Sie soll nachgehoben werden.“ — „Aber nicht jetzt. Kommen Sie gefälligst zu anderer Zeit wieder.“ — „Ach, Herr Direktor“, jagte der Monteur, „ich war schon sechsmal hier. Immer wird hier verhandelt. Und ich muß die Uhr doch abnehmen, es dauert ja nur eine Minute.“ — „So heilen Sie sich“, herrscht ihn der Vorlesende an und trommelt nervös mit den Fingern auf dem Tisch. Der Mann klettert, von allen Anwesenden mit Interesse beobachtet, auf die Leiter und nimmt die Uhr ab. Es dauert wirklich nicht länger als eine Minute, dann ist er mit der Uhr und Leiter wieder eberaus dem Zimmer verschwunden, und die Verhandlung kann ihren Fortgang nehmen. — Der Gerichtsdienner wundert sich am Abend, als der Sitzungssaal leer ist, daß die Uhr nicht mehr an ihrem Platze hängt. Er forscht nach und erfährt schließlich den Sachverhalt. Aber gleichzeitig stellt er auch fest, daß die Verwaltung keinen Auftrag gegeben hat, die vollständig intakte Uhr reparieren zu lassen. Und nun kommt es heraus, daß der höfliche und bescheidene Mann, der die Uhr abgeholt hat, sich ein überaus dreistes Gaunerstückchen geleistet hat, vor den Augen hoher Justizbeamter und in einem Hause, das sonst von seinesgleichen nach Möglichkeit gemieden zu werden pflegt. . . . So geschah im Mai des Jahres 1922.

Raubmord in Neumark. Der in Neudamm bei der Kreditgesellschaft angestellte Kassenbote Gijig, sollte heute 200 000 Mark nach Bornhofen zur Lohnauszahlung bringen. Unterwegs wurde er von mehreren Verbrechern angehalten, in die Wäse geschleppt, durch einen Stich in den Hals getötet und des Geldes beraubt. Ein Polizeihund hat sofort die Spur aufgenommen, doch hat man von den Verbrechern nichts ermittelt.

Diamanten in der Glühbirne. Zwei internationale Diamantenschmuggler wurden in Roules Point am Nordufer des zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten gelegenen Champlain-Sees verhaftet, als sie im Begriff waren, Diamanten im Werte von 60 000 Pfund Sterling über die Grenze zu bringen. Sie hatten den aus 50 losen Steinen bestehenden Schatz in der Glühbirne des Schlafwagens, in dem sie fuhren, versteckt.

Große Hitzwelle in Neuyork. Nach aus Neuyork eingetroffenen Meldungen ist dort eine große Hitzwelle ausgebrochen, die in drei Tagen bereits neun Todesopfer gefordert hat.

Druckfaden jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“, Johannisstr. 46